



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Potsdam, den 17. Juni. Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich der Niederlande nebst Höchstverehelichten Töchtern, den Prinzessinnen Luise und Marie Königl. Hoheiten, sind, vom Haag kommend, auf Schloß Sanssouci eingetroffen.

Der Plan, welchen die Regierung bei Ausführung der beabsichtigten Dismembration dazu geeigneter Domainen im Großherzogthum Posen, Ost- und Westpreußen zu verfolgen beabsichtigt, hat in sofern von mehreren Seiten Mißbilligung gefunden, als bei der Vertheilung Kolonisten aus den Westlichen Gegenden Deutschlands vorzugsweise berücksichtigt werden sollen. Man fordert im Gegentheil, daß wenn Fremde auch nicht ganz auszuschließen sein möchten, denselben doch immer geeignete einheimische Bewerber vorgezogen werden sollten. Es liegt diesem Verlangen die Rechtsidee, die auch wir nicht bestreiten wollen, zu Grunde, daß diejenigen, welche im Lande geboren und erzogen sind, auch den ersten Anspruch auf den Besitz und Genuß desselben haben, die Ausführung dieser Idee dürfte jedoch — abgesehen von der Vereitelung aller andern Zwecke, welche man durch die Zerschlagung der Domainen zu erreichen strebt und auf welche wir noch zu sprechen kommen werden — nicht nur mehr als sehr schwierig, sondern völlig unansführbar sein. Natürlich hat man wohl hauptsächlich den besitzlosen Theil der Bewohner des Großherzogthums und Ost- und Westpreußens dabei im Auge, d. h. die sogenannten Komorniks oder ländlichen Tagelöhner. Im Großherzogthum stehen der Kolonisierung derselben zwei große Hindernisse entgegen. Zunächst wird man von der Regierung billigerweise nichts weiter fordern können, als daß sie den Kolonisten eine gewisse Fläche Acker und Plätze zur Errichtung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude unter den festgesetzten Bedingungen und Erleichterungen überläßt, wogegen diese die Errichtung dieser Gebäude und die Beschaffung des nöthigen todtten und lebenden Inventariums selbst aus eigenen Mitteln zu bewirken haben. Diese Mittel haben unsere Komorniks — die jetzt auch nicht eine Handbreit Landes, nicht einen Strohwisch auf dem Dache ihr eigen nennen können — ohne Ausnahme nicht, sie müßten ihnen also noch dazu geschenkt werden; denn auch als zu verzinsender Vorschuß würden sie ihnen nichts helfen, da Zinsen und Erbpacht zusammen von ihnen bei bester Wirtschaft nicht zu erschwingen sein würden. Ferner entsteht bei uns schon jetzt ein sehr fühlbarer Mangel an guten ländlichen Arbeitern, der natürlich sehr zum noch größeren Nachtheil unserer Landwirtschaft vermehrt werden würde, wenn man einen beträchtlichen Theil derselben seinem jetzigen Wohnort und Verhältniß entziehen wollte. Daß etwas hier für die bessere Lage der Komorniks geschehen möchte, bleibt allerdings wünschenswerth, doch scheint uns, daß ihre Kolonisation immer da geschehen sollte, wo sie jetzt wohnhaft und beschäftigt sind, d. h. durch die Privatgutsbesitzer durch Ueberweisung kleiner Parzellen als Eigenthum gegen eine gewisse billige Entschädigung in Geld oder Handdiensten. So weit auf den zu dismembrirenden Domainen selbst Komorniks sich befinden, läßt sich wohl erwarten, daß sie von der Regierung in dieser Weise werden berücksichtigt werden, um mit der Schöpfung eines unabhängigen ländlichen Arbeiterstandes hier den Anfang zu machen, aus andern Gegenden und Gütern des Großherzogthums solche dagegen in Masse nach diesen Domainen hinzuziehen, könnte für den allgemeinen Betrieb und Fortschritt der Landwirtschaft nur nachtheilig sein. — So kann die Kolonisation unserer Besitzlosen, in der Art, wie man fordert, weder ausführbar, noch wünschenswerth und rathlich erscheinen. — Dagegen liegt auch der beabsichtigten Dismembration ein anderer Zweck zum Grunde, dessen kräftigen Segen man jetzt hier wohl noch verkennen kann, durch dessen Verfolgung aber unstreitig dem Großherzogthum eine größere Wohlthat erzeugt wird, als durch die Kolonisation der Komorniks, nämlich der Zweck, den Strom der Auswanderung des Westens hierher zu leiten, und so dem Vaterlande nicht nur nützliche Arbeitskräfte und bedeutende Kapitalien überhaupt zu erhalten, sondern dadurch zugleich die höhere Kultur des Westens nach

dem Osten zu verpflanzen. Der Bauer lernt am besten vom Bauern, denn der Betrieb großer Güter ist immer auf andere Grundlagen basirt, als der, der Bauerngüter, wenigstens aber ist unser Bauer noch nicht intelligent genug, um sich das Herausfinden zu können, was für ihn und seine Verhältnisse davon paßt oder nicht paßt. Der wahre Grund, dem die Opposition entspringt, ist übrigens das nationale Mißtrauen, das in dieser Operation nichts als die konsequente Verfolgung eines Germanisirungssystems erblicken will, ein Mißtrauen, das durch die in Berlin einmal laut gewordene Idee, zur Germanisirung Posens die zur Subhastation kommenden Güter des Polnischen Adels anzukaufen und nur wieder an Deutsche zu überlassen, vorzüglich genährt worden ist. Der Erfolg, hoffen wir, wird mit der Maßregel ausföhnen.

Berlin den 19. Juni. Bei bedeutender Roggenzufuhr war das Geschäft auf dem heutigen Getreidemarkt wieder sehr flau. Wegen der betrübenden Nachricht, daß in Schlesien mehrere Flüsse ausgetreten seien und den Saatsfeldern bedeutenden Schaden zugefügt hätten, verlangten die Getreideverkäufer wieder höhere Preise. Die Kommunal-Behörde fährt fort, die Meße Kartoffeln für 2½ Sgr. an Unbemittelte zu verkaufen. — Drei Abstimmungen sind bisher auf unserm Landtage theils in getrennten, theils in vereinigten Kurien erfolgt, welche das Wesen dieser Landes-Repräsentation in politischer, kirchlicher und sozialer Beziehung besser charakterisiren, als es die schönsten Reden der Abgeordneten oder die gründlichsten Kritiken und Abhandlungen vermögen; wir meinen die Abstimmungen über die ständischen Verordnungen vom 3. Februar, über den Antrag, daß bei Ausübung politischer Rechte Niemand nach seinem Glauben zu fragen sei, und endlich über die Einkommensteuer. Im ersten Fall stimmten für das Binde'sche Amendement in der zweiten Kurie 260 Abgeordnete, und 247 dagegen; es war also eine absolute Majorität für diese politische Frage vorhanden; nur fehlte ihr die vorgeschriebene 2/3-Majorität. In der kirchlichen Frage, wenn wir den Antrag des Abg. v. Sanden-Julienfelde so nennen dürfen, fanden sich, ebenfalls in der zweiten Kurie, nur noch 158 Stimmen dafür, daß bei Ausübung politischer Rechte Niemand nach seinem Glauben gefragt werden sollte; es fehlte also hier schon die absolute Majorität. In Betreff der Frage, ob die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer unter der Voraussetzung zu befürworten sei, daß an Stelle derselben eine Einkommensteuer eintrete, bei welcher zur Ermittlung, Prüfung und Festsetzung des derselben unterworfenen Einkommens zunächst die Angaben der Steuerpflichtigen dienen, fanden sich nur 141 bejahende Stimmen in den vereinigten Kurien und darunter 10 aus dem Herrenstande; 390 waren dagegen. Die Stala in unserem Landtage oder eigentlich in der zweiten Kurie wäre demnach folgende: 260 für politische Rechte, 158 für Befreiung der politischen Rechte von kirchlicher Abhängigkeit, 131, wenn man die 10 Stimmen der Herrenkurie abzieht, für das Prinzip der Einkommensteuer unter den angegebenen Bedingungen. Diese Stala entspricht auch vollständig einer gewissen Naturnothwendigkeit im Gange der Entwicklungsgeschichte der Völker. Die politische Freiheit geht der kirchlichen voran, dann folgen die sozialen Fragen, die in einem geordneten Staatswesen regelrecht mit der Prüfung der Besteuerung beginnen müssen. Wir verweisen zu diesem Zwecke auf England. Ebenso überraschend mußte es sein, daß gegen einen Gesetzentwurf, der doch von der Regierung vorgelegt und unterstützt wurde und zwar so gründlich unterstützt wurde, wie kaum ein anderer, fast sämtliche Staatsdiener, die auf dem Landtage sitzen, stimmten, so wie auch mit Ausschluß von zweien alle Provinzial-Landtagsmarschälle. Zerlegt man nun ferner die Zahl der 141, welche für die Einkommensteuer stimmten, so findet man, wie schon erwähnt, daß darunter 10 Mitglieder der Herrenkurie sich befinden und zwar nur zwei Prinzen, während fünf dagegen stimmten. Von den übrigen 131 Abgeordneten kommen 30 auf Preußen, 12 auf Brandenburg, 7 auf Pommern, 22 auf Schlesien, 13 auf Posen, 14 auf Sachsen, 6 auf Westphalen und 26 auf die Rheinprovinz. Nach Ständen die Stimmen berechnet, gelangt man zu dem keinesfalls überraschenden, aber doch lehrreichen Resultate, daß von 237

Ritterschafts-Abgeordneten 26, ohne auf die Anwesenheit Rücksicht zu nehmen — im Ganzen fehlten nämlich 57 Deputirte — von den 182 städtischen Deputirten 42, und von den 124 Landgemeinden-Vertretern 63 für die Einkommensteuer stimmten. Von letzteren also gerade einer über die Hälfte, von den Städten der vierte bis fünfte Theil, und von der Ritterschaft der neunte Theil. Zahlen beweisen und treffen, sagt Benzenberg. Die Statistik ist ein guter und gründlicher Lehrmeister, fügen wir hinzu. Deshalb bildet Zweigvereine für Deutsche Statistik.

Berlin den 19. Juni. In der Herrenturie hat so eben noch der Herzog von Arenberg aus Brüssel persönlich seinen Sitz genommen, nachdem er bis jetzt durch den Herrn. Senft von Pilsach vertreten war. — Aus der Herrenturie des Vereinigten Landtags erfahren wir folgenden Zug von Menschenfreundlichkeit, der zugleich in konfessioneller Hinsicht einen erfreulichen Eindruck macht. Die Krankenkasse der kathol. Kirche war in der vorigen Woche und zwar in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag gewaltsam erbrochen und um die Summe von 32 Thaler bestohlen worden. Dieser Verlust war zu Ohren des geistreichen und lebenswürdigen Fürsten von Lichnowsky gekommen, welcher sich sogleich bereit zeigte, Ersatz zu verschaffen. In der Dienstag-Sitzung der Herrenturie legte er einen Kollektenbogen auf, worin er die „katholischen Mitglieder“ von dem Vorfall benachrichtigte und dieselben zugleich um Unterstützung der Krankenkasse ersuchte. Als jedoch die protestantischen Mitglieder hiervon Nachricht erhielten, wünschten sie sich ebenfalls an dem Wohlthätigkeitszweck zu betheiligen und verlangten, daß die konfessionelle Bezeichnung in der Kollekte gestrichen werde. Der Fürst von Lichnowsky willfahrte dem Verlangen mit Vergnügen, so daß in wenig Minuten die Summe von 126 Thaler beisammen war — ein schöner Beweis, wie die Ersten des Volks auch in bürgerlichen Tugenden voranzugehen gewillt sind!

Berlin, den 18. Juni. Von gestern gegen 1 Uhr Mittags fand in dem hiesigen Kriminalgericht eine der interessantesten Verhandlungen statt, welche seit der Oeffentlichkeit derselben vorgekommen sein möchten. Der Fall betraf den Prozeß des Breslauer Domkapitels wider den ehemaligen Fürstbischöf. Knauer'schen Sekretair Nideck, welcher vor einem Jahre von dem Fürstbischöf Diepenbrock „aus dringenden Gründen“ entlassen worden und gegenwärtig in Berlin dem Glende preisgegeben ist. Der Angeklagte hat einen Brief an den Hrn. v. Diepenbrock erlassen, worin dieser grobe Beleidigungen gegen die „Bischöfliche Behörde“ entdeckt und die letztere aufgefordert hat, den Beleidiger gerichtlich zu verfolgen. Nideck hat vor Gericht seine in dem erwähnten Briefe niedergelegten Behauptungen wiederholt, sich zum Beweise derselben erbieten und den Einwand der Verität erhoben. In Folge der gestrigen Verhandlung hat das Gericht sowie der Staatsanwalt diesem Einwande stattgegeben, und es tritt nun die Nothwendigkeit ein, den Beweis nach den Anträgen des Nideck durch Advokation der Breslauer Bisthumsakten aufzunehmen. In seinem Briefe an Hrn. v. Diepenbrock hat der Angeklagte die Bischöfliche Behörde „frevelhafter Betrügerei“ beschuldigt, indem sie vielfach und in hohen Beträgen die von einzelnen Geistlichen verübten Defekte an den von der Kirche garantirten milden Stiftungen niedergeschlagen habe. Die Akten sollen voll Niederschlagungsdekrete sein, da sie überall vorkommen, wo bei der Regulirung des Nachlasses der Geistlichen dieser sich als unzureichend zur Deckung der Defekte darstellt. Vielleicht überzeugt man sich bald von der Richtigkeit der Uebertragung dieser Nachlassregulirungen an die weltliche Behörde. Schon seit längerer Zeit hat die in Leipzig erscheinende, von Dr. Zille redigirte „Allgemeine Zeitung für Christenthum und Kirche“ auf interessante Enthüllungen hingewiesen, welche aus diesem Prozesse hervorgehen würden. Sobald die entgegenstehenden Schwierigkeiten beseitigt sind, wird die Verwaltung der Breslauer Diözese nach dem Inhalte der Akten öffentlich beleuchtet werden. Abschriften der betreffenden Aktenstücke sind reichlich zur Hand. — Der Landtag geht allmählig seinem Ende entgegen. Eine vollständige Erledigung der vorliegenden Geschäfte ist ganz unmöglich; es sind z. B. noch gegen 250 Petitionen zu berathen. Die meisten Abgeordneten sehnen sich auch schon seit längerer Zeit sehr nach Hause; eine ziemliche Zahl ist bereits abgereist, täglich verlassen noch mehr Berlin. Es ist eine Landtagsmedaille in Arbeit, welche jedem Mitgliede des ersten Preussischen Landtags eingehändigt werden soll.

Meiße, den 17. Juni. — Der Graf Reichenbach auf Walldorf, dessen beabsandete Wahl sehr lebhaft Debatten auf dem Vereinigten Landtage hervorrief, ist jetzt von der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Erregung von Mißvergnügen durch das Ober-Landesgericht von Ratibor vollständig freigesprochen worden. Vorgestern wurde ihm durch ein Schreiben des Gerichts dieses Urtheil publizirt. Die sehr bedeutenden Kosten — es sind in diesem Prozesse nicht weniger als 70 zum Theil sehr entfernt wohnende Zeugen vernommen worden — muß der fiskalische Kriminal-Fond tragen.

Swinemünde den 18. Juni. Der große Zug von täglich in Massen ankommenden Handelschiffen dauert fort. Namentlich ist die Russische und Englische Flagge in diesem Jahre überaus sichtbar in unserm Hafen und zahlreich vertreten. Große Massen Roggen und Wehl kommen jeden Tag, und müssen wohl, wie sich von selbst versteht, die noch immer hohen Preise mehr und mehr drücken.

Ausland.

Deutschland.

Hamburg den 15. Juni. Gestern bereits fanden an einzelnen Verkaufsplätzen außergewöhnliche Zusammenrottungen statt, die aber weniger beach-

tet wurden, weil man noch keinen Grund hatte, ernstliche Besorgnisse zu hegen. Heute haben dieselben eine ernstere Wendung genommen, und namentlich auf dem Schaarmarkt und Scheersteinwege versammelte sich und ist in diesem Augenblicke noch jetzt eine so zahlreiche Menschenmenge versammelt, daß die Hafenrunde nicht im Stande ist, Ordnung zu erhalten und die Gasse des Militärs wahrscheinlich von Nothen sein wird. Der Grund dieser Zusammenrottungen ist das Steigen der Kartoffelpreise, und man verlangt von den Verkäufern und von den Behörden, daß die Preise herabgesetzt würden. — Nachschrift vom 16. Die Zusammenrottungen der — meist neugierigen und müßigen — Volksmasse wurden gestern Abend 11 Uhr durch Dragoner zerstreut, die am Hafen liegenden Straßen durch Truppen besetzt und jedes Stehenbleiben der Menge untersagt. Dem Kartoffelhändler Regal wurden die Fenster eingeworfen. Das Militär blieb während der Nacht unter den Waffen, und jetzt noch trifft man mehr Müßige wie sonst auf den Straßen. Einzelne Bäder, auch ein Leihhaus in der Elbstraße erhielten Schutzwache. Hoffentlich wird mit dem heutigen Tage Alles vorübergehen. Es sind Kartoffeln genug am Markte, und die Polizei sorgt dafür, daß sie zu billigen Preisen verkauft werden.

Aus München schreibt der Nürnberger Korrespondent: „Auf Veranlassung des Münchner Vereins gegen Thierquälerei dürfen wir demnächst der Verleihung einer Konzession zum Pferdeschlachten und Verkauf entgegensehen, einer sogenannten Pferdemezgerlei. Das Königl. Landgericht Au hat ein desfalls eingereichtes Gesuch sehr günstig begutachtet; die Sache liegt jetzt der höchsten Stelle vor.“

Frankreich.

Paris, den 16. Juni. Cremona's Interpellationen betreffs Portugal in der gestrigen Sitzung der Deputirten-Kammer blieben ohne Resultat. Der Interpellant hat das Ministerium getadelt, Guizot hat es vertheidigt, Odilon Barrot hat auch etwas gesagt, — voilà tout. Duchatel ist zum erstenmal wieder in der Kammer erschienen.

Die Königin Marie Christine ist von ihrer Reise nach Italien hier angekommen und hat sich nach ihrem Landitz Malmaison begeben.

Wie man heute in der Semaine liest, sprechen verschiedene Privat-Korrespondenzen aus Madrid von einem ernstem Vorfall, den die Französische Gesandtschaft geheim zu halten sich bemühe, der aber bereits gerüchtweise in das Publikum ausgekommen sei. Herr von Glücksberg, der in Abwesenheit des Grafen Breßon die Angelegenheiten Frankreichs in Madrid verwaltet, hat, anstatt eine kluge Neutralität zu beobachten, wie es seine Stellung forderte, durch unangesezte Besuche im Pardo, wie durch seine Reden und Handlungen den Schein auf sich geworfen, als nähme er für Don Francisco gegen die Königin Partei. Dieses Benehmen soll Isabellen nicht entgangen sein und bei einem offiziellen Besuch, den ihr der Herzog von Glücksberg abstattete, habe sie sich nicht enthalten können, ihm in dieser Hinsicht etwas lebhaftes Vorwürfe zu machen. Der junge Diplomat habe nichts erwidert, aber in das Gesandtschaftshotel zurückgekehrt, habe er eine drohende Note an den Conseil-Präsidenten Pacheco gerichtet und von nichts geringerem gesprochen, als daß er augenblicklich mit dem ganzen Gesandtschafts-Personal nach Paris abreisen werde. Der Minister verfügte sich darauf am Abend zum Herzog von Glücksberg; es fand eine erste Auseinandersetzung statt, die indessen zu keinem Resultate führte. Am zweiten und dritten Tag wurden Noten gewechselt und erst am vierten kam es zu einer Verständigung. Noch einen Schritt weiter und man hätte in Madrid einen Pendant zu der Affaire Mussurus erhalten.

Aus Algerien dem Toulonnais neuerdings zugegangene Briefe lassen befürchten, daß die Agitation an der Westgrenze der Französischen Besitzungen fortdauert. General Cavaignac, Befehlshaber der Unterdivision von Nemecen, hat es für geeignet gefunden, eine Stellung einzunehmen, wo er auf alle Eventualitäten vorbereitet ist. Die Aufregung wird durch alarmirende Gerüchte aus dem Innern von Marokko rege erhalten; Abd el Kader soll eine ungewöhnliche Thätigkeit entfalten, denn mit der schönen Jahreszeit scheint ihm neue Kraft wiedergekehrt zu sein. Araber aus dem Riff haben ausgesagt, daß in dem Lager des Emir einige Engländer eingetroffen und daß ihm von Gibraltar aus Waffen und Vorräthe zugeführt worden seien.

Belgien.

Brüssel, den 15. Juni. Das Resultat der Kammer-Wahlen ist jetzt vollständig bekannt. Die Hälfte der Kammer oder 47 Abgeordnete waren in vier Provinzen, Ostflandern, Lüttich, Limburg und dem Hennegau, der Wiedererwählung unterworfen; dazu kamen in Folge des kürzlich votirten Gesetzes über die im Verhältnis der Zunahme der Bevölkerung festgesetzte Vermehrung der Zahl der Abgeordneten 13 neue auf alle 9 Provinzen vertheilte Wahlen, so daß in diesem Jahre das ganze Land an den Wahlen Theil genommen hat und diese dadurch um so bedeutender geworden sind. In diesen Wahlen hat nun die liberale Meinung 14 ihr entschieden angehörige Deputirte gewonnen und kein einziges ihrer früheren Mitglieder in einem Wahlbezirke gegen einen katholischen Abgeordneten verloren, während die katholische Partei in großen und mittleren Städten, wo sie bisher noch einigen Halt hatte, wie Gent, Tournay, Alost, Soignies, alle ihre Deputirten verloren und nur in einigen kleineren Orten, wo die Landgemeinden fast allein die Wähler bilden, unter den 13 neuen Abgeordneten 5 erhalten hat. Noch nie hat die liberale Partei einen so großen Vortheil erlangt, als in diesem Jahre. War sie auch fortwährend im Wachsen begriffen, so überschritt doch die Zunahme selten die Zahl von 3 — 4 Mitgliedern, und die katholische Partei hatte in der Kammer durch Unterstützung derer, welche sich immer der herrschenden Meinung zuneigten, die Majorität gehabt. Diese hat sie jetzt verloren.

Die Independence meldet: „Es wird im Vertrauen versichert, daß das Abtreten des Ministeriums entschieden sei, daß es jedoch die Leitung der Angelegenheiten nicht sofort aufgeben, sondern so lange am Ruder bleiben wolle, bis der König ein neues Kabinet und zwar frühzeitig genug hätte bilden können, um über die den Kammern in der nächsten Session vorzulegenden Maßregeln zu berathen und dieselben vorzubereiten.“

Brüssel den 16. Juni. Die Herzogin von Kent und der Fürst von Leiningen sind gestern hier durchgereist. Sie begeben sich nach Deutschland.

Die Infantin Isabella Fernanda von Bourbon, Gemahlin des Grafen Ourawski, ist gestern hier von einer Tochter entbunden worden.

(Nach telegraphischen Nachrichten, die wir über Köln erhalten, soll das Ministerium entschlossen sein, sich, in Folge des Ausganges der Wahlen, zurückzuziehen.)

Das Gerücht von einer Krankheit des Königs ist ganz ungegründet. Der Monarch erfreut sich einer trefflichen Gesundheit, obgleich es nicht zu leugnen ist, daß die Frühlingskur in Wiesbaden nicht die wohlthätigen Folgen gehabt, welche man davon erwartete. Demungeachtet wird Se. Majestät im September wieder nach Wiesbaden sich begeben, da man bemerkt hat, daß die Herbstkur der Leibesbeschaffenheit des Königs mehr zusetzt.

Schweiz.

Die Helvetie veröffentlicht zwei interessante Aktenstücke, eine Note des Französischen Gesandten an den Präsidenten des Vororts und die Antwort darauf. Die Französische Note ist beinahe in drohendem Tone abgefaßt. Sie nimmt in gewisser Beziehung Partei für den Sonderbund und erklärt in formeller Weise, daß, wenn einer dieser Kantone eines Tags sich über die Beeinträchtigung oder Vernichtung der Unabhängigkeit beschwere, Frankreich dabei nicht gleichgültig bleiben würde, da die Traktate eine aus unabhängigen Kantonen bestehende und nicht eine einheitliche Schweiz geschaffen und deshalb Alles, was die Unabhängigkeit eines Kantons bedrohe, den Traktaten entgegen sei. — In seiner Antwort erklärt der Präsident, daß die Bundesbehörden die öffentliche Ordnung und die Rechte aller Bürger aufrecht zu erhalten wissen, daß sie sich aber zu gleicher Zeit mit aller Kraft jedem Versuche des Auslandes, sich in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, widersetzen und keiner Macht und keinen Minoritäten von Kantonen das Recht zuerkennen würden, die Bundesakte zu interpretiren, da diese Interpretation nur dem Bunde selbst zustehe.

Am 7ten d. M. hat auch der Englische Gesandte dem Herrn v. Ochsenbein seinen offiziellen Besuch gemacht. Seine Aeußerungen sollen in ähnlichem Sinn gefallen sein wie die des Repräsentanten Frankreichs. Ueber das Nähere transpirirt jedoch noch nichts.

Luzern. — Die „Katholische Zeitung“ bestätigt die Angabe der „Simplon-Zeitung“, daß Graf Rossi in Rom umsonst sich bemühe, die Zurückberufung der Jesuiten aus der Schweiz vom heil. Stuhle zu erwirken. Nachdem die „Katholische Zeitung“ die Angabe der „Simplonzeitung“ berichtet, sagt sie: „Wir können hinzufügen, daß der geschäftige Graf Rossi seit einem halben Jahre mit diesem Gedanken sich abmüht, und daß er schon mehr als einmal mit seiner Zudringlichkeit abgewiesen worden ist. Der gute Italienisch-Spanischer Franzose weiß nicht, daß die Jesuiten an der Seine und Elber heute so wenig Furcht erregen als an der Rufs.“

Glarus. — Lichtenberg, jenes malerische Dörfchen unter den gräflich Schuenen Schloßruinen, welches, von Gärten umgürtet, von Wiesen und Feldern umgrünt, auch auf der Wasser Poststraße die Aufmerksamkeit des Reisenden fesselt, wurde am 18. und 19. d. M. durch einen ungeheuren Muhrbruch*) in eine Wüste umgestaltet. Der zu einem wilden Strome angewachsene Dorfbach zerstörte mehrere Häuser, wälzte kolossale Felsstücke aus dem Hintergrunde des Thales mit riesigen Bäumen daher, überdeckte die ganze Umgegend mit manns-tiefem Schutt, riß Gräben und Höhlen von erstaunlichen Dimensionen auf und ließ von den 35 Wohnungen nur 9 ganz unbeschädigt. Die nächsten Tage darauf wurde eine Viertelstunde vor Lichtenberg der Gulbach zu einem breiten, toben-den Muhrflusse und lagerte eine Masse von klastertiefem Schlamm und Schotter über einen weiten Strich des fruchtbarsten Bodens ab. Herzergreifend ist der Anblick: die Häuser bis zur Höhe der Hausthür versandet, die Gräber auf dem Gottesacker eingesunken, die mächtigsten Bäume nur mit der Krone über das Sandmeer trostlos emporragend.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 8. Juni. Vom Kaukasus sind folgende Nachrichten hier eingegangen: „Sunscha-Staniza, den 20. Mai. Ein zahlreicher

*) Muhr (Mur, Murr) bedeutet einen reisenden Bach; auch Moor oder Sumpf; desgl. Steingebröckel. „Muhrsee“ ist eine schwere oder hohle See (hochgehendes Meer). In der Tyrolischen Mundart bedeutet Muhr oder Murr auch eine Lauge von Sand und Stein und Wasserguß, d. h. einen vom Gebirge oder aus einer Schlucht herabkommenden Schlammstoß.

Stadttheater in Posen.

Dienstag den 22. Juni: Der Vetter; Lustspiel in drei Akten von R. Benedix. — Hierauf zum Erstenmale: Die Maskerade im Dachstuhlchen; Schwank in 1 Akt, frei nach dem Französischen von E. Meirner. (Manuscr.)

Als Verlobte empfehlen sich

Ida Czarnikow. S. Pincus.
Posen.

Bei G. Reimer in Berlin werden in kurzem erscheinen:

Jean Paul's ausgewählte Werke.

16 Bde. Subskriptionspreis 8 Thaler.

In 8 Lieferungen zu 1 Rthlr.

Bestellungen werden bei G. S. Mittler in Posen und Ruffach in Gnesen angenommen und daselbst Ankündigungen, aus welchen Inhalt und

Trupp Bergbewohner, von Schamil zusammengezogen, lagerte sich am 10. Mai in der Nähe des Auls Gochi, in der kleinen Tschetschna. Zugleich brachte Schamil eine starke Abtheilung unter Naib Nur-Ali auf, die in das Land der Galgaewzen, das an die Grusische Militairstraße stößt, einzufallen sollte. Das rechtzeitige Vorrücken des unter Oberst Solotarew stehenden Detafchements gegen Lars und der entschiedene Widerstand der Galgaewzen zwangen jedoch Nur-Ali, von seinem ersten Plane abzustehen und sich durch das Land der Galaschewzen mit dem in der kleinen Tschetschna lagernden Trupp zu vereinen, um gemeinschaftlich mit ihm zu operiren. Mittlerweile trennten sich am 12. Mai etwa 2000 Reiter unter Anführung Jagja-Chadschi's von diesem Trupp, überschritten zwischen Grosnaja und Sakan-Jurt die Suntscha und schlugen die Richtung gegen die Kabardinischen Höhen ein, die Teret-Kinie bedrohend. Doch auch hier harreten unsere Truppen des Feindes. Jagja-Chadschi kehrte um und griff, aus Verdruss darüber, daß er, ohne irgend etwas ausgerichtet zu haben, zur Suntscha wieder zurückweichen mußte, einen an Sakan-Jurt grenzenden Aul der unterwürfigen Tschetschenzen an. Mit hastiger Eile, und nachdem sie ihre Pferde in einer tiefen Schlucht versteckt hatten, stürmten die Bergvölker in der Morgenbämmerung gegen den Aul, wurden jedoch von den Bewohnern und unserer Garnison mit Verlust zurückgeschlagen. Da führte Jagja seine Schaar über die Suntscha. Der Oberbefehlshaber fand in der Suntscha-Staniza, wo er eingetroffen war, unsere Truppen in vollständiger Bereitschaft, dem Feinde zu begegnen, der in geschlossenen Haufen in die waldigen Bergschluchten zwischen der Fortanga und der Affa gezogen war. Fürst Woronzoff entsandte unverzüglich Oberst-Lieutenant Släpoff mit zwei Bataillonen des Grusischen Grenadier-Regiments und 7 Sotnias Kosaken nebst zwei Geschützen, um eine strenge Refognosirung an der Affa auszuführen. Dieser Stabs-Offizier fand den Feind in der Gegend des zerstörten Auls Schinal-Jurt an der Affa. Das feindliche Fußvolk nebst einigen Geschützen hielt das rechte Flußufer besetzt, etwa 5000 Reiter hatten schon das linke Ufer gewonnen. Der kühne und umsichtige Släpoff beschloß sie anzugreifen, ihrer überlegenen Zahl ungeachtet. Er stellte die Kosaken in einer Linie auf, die rechte Flanke gegen das steile Ufer der Affa gelehnt, das Fußvolk mit der Artillerie richtete er gegen die linke Flanke. Während die Unsrigen noch mit der Aufstellung begriffen waren, warf sich im Vertrauen auf seine Ueberzahl der Feind gegen die linke Flanke. Oberst-Lieutenant Släpoff hielt die ersten heranstürmenden Haufen mit einigen Kongresschen Raketen auf, schwenkte mittlerweile, nachdem er die Grenadiere im Eilschritt und unter Trommelschlag hatte vorrücken lassen, mit den Kosaken links und schnitt viele Feinde von dem Uebergang über die Affa ab, sie mit dem Bajonette angreifend. Der Kampf wurde augenblicklich und nicht durch die Zahl, sondern durch die Tapferkeit und die Raschheit des Angriffs entschieden. Der Feind floh. Ihn stürmisch verfolgend, erbeuteten die Kosaken eine Naib-Zahne und zwei kleine Feldzeichen. Die Bergvölker suchten ihr Heil in der Flucht auf dem rechten Affa-Ufer, von wo aus ihr Fußvolk von einer sehr starken Position einige Kanonenschüsse abfeuerte. Unser Reiterangriff wurde vom 2ten Bataillon des Grusischen Grenadier-Regiments, das Oberst-Lieutenant Fürst Tschewtschewadse führte, vortrefflich unterstützt. Bei dieser glänzenden Waffenthat wurden auf unserer Seite fünf Mann verwundet. Der Feind ließ mehrere Leichen auf dem Plage; viele ertranken beim eiligen Uebersehn über die Affa. Der feindliche Trupp zog nach dieser Niederlage zur Fortanga zurück, von wo er am 17ten Mai der Festung Atschoi vorbei sich zum Flusse Natchoika wandte. Der Militairchef von Atschoi, Oberst-Lieutenant Preobraschenski, rückte mit zwei Kompagnieen des Tchengischen Infanterie-Regiments und den Einwohnern des Auls Atschoi ihm entgegen und nöthigte ihn durch das wirksame Feuer zweier Geschütze und durch Kongressche Raketen zum eiligen Rückzuge in das Gebirge.

Griechenland.

Der Sub de Marseille vom 8. Juni meldet: „Der „Ostria“ bringt die Nachricht, daß die Differenz zwischen der Türkei und Griechenland ihre Erledigung gefunden habe. Diese Ausgleichung scheint durch die Bemühungen des Oesterreichischen Kabinetts herbeiführt worden zu sein. Die Grundlagen derselben sind bis jetzt noch unbekannt.“

Vermischte Nachrichten.

Breslau den 18. Juni. Der heutige Wasserstand der Oder ist am Ober-Pegel 23 Fuß 4 Zoll und am Unter-Pegel 16 Fuß 6 Zoll, mithin ist das Wasser seit gestern Mittag am ersten um 6 Zoll und am letzten um 3 Fuß 2 Zoll gestiegen, für welche Differenz der Grund in mehreren Durchbrüchen zu finden sein dürfte.

Unter Brieg den 15. April meldet die Schlesische Zeitung: „Leute aus dem Posenschen versichern, daß von Spekulantem schon mehrfach Käufe von Getreide auf dem Halm abgeschlossen seien; die Preise sollen nach dem Ausbruch mit 3 Thlr. bis 3 Thlr. 10 Sgr. pro Scheffel gestellt worden sein.“

Ausstattung dieser Ausgabe näher zu ersuchen ist, ausgegeben.

Der neue Cursus in der, mit dem Königl. Seminar für Erzieherinnen verbundenen

Töchterschule

beginnt nicht, wie in anderen Schulen, zu Ostern oder Michaelis, sondern zu Johannis, und werden die zum bevorstehenden Cursus angemeldeten Schülerinnen Sonnabend den 26sten d. Mts. 10 Uhr Vormittags geprüft.

Posen, am 20. Juni 1847.

Dr. Barth

Die Prüfung derjenigen jungen Damen, welche in das königliche Seminar für Erzieherinnen aufgenommen zu werden wünschen, beginnt Donnerstag den 1. Juli c. 9 Uhr Vormittags. Posen, am 20. Juni 1847.

Dr. Barth.

Bekanntmachung.

Nach Verfügung der königlichen Regierung vom 10. Mai c., No. 1602/4. 47. II., ist der Beitrag, den die Schülerinnen der königl. Luiseenschule für den Turn-Unterricht zu zahlen haben, vom 1. Juli c. ab, von 20 Sgr. auf 1 Rthlr. jährlich erhöht, wovon wir die betreffenden Angehörigen unserer Schülerinnen hierdurch in Kenntniß setzen.

Posen, am 20. Juni 1847.

Der Vorstand der königl. Luiseenschule.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadt-Gericht zu Schroda.

Das in Pruszwice, hiesigen Kreises, sub Nr. 6. belegene, den Ackerwirth Daniel und Anna Ulmschen Eheleuten gehörige Grundstück, bestehend aus zwei Wohnhäusern, einer Scheune, einem Stall-Gebäude nebst Remise, einem Vieh- und Pferdestalle nebst Schweinekoben, einem zweiten Vieh- und Schweinekoben nebst Schweinekoben, einem Holzstalle nebst Geschirrkammer, einem Brunnen, einem Backofen, einem Stück Ackerland von 155 Morgen 134 □ Ruthen, einem Gemüsegarten, 2½ Morgen im Umfange, zwei Obstgärten, worin 143 Stück Obstbäume vorhanden, einem Wäldchen, Erlen, Rüstern, Eichen und Lindenbäume enthaltend, auf acht Klaffen Brennholz angeschlagen, und 10 auf dem Felde stehenden Birnbäumen, abgeschätzt nach dem Ertrage auf 6511 Rthlr. 20 Sgr., zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur eingehenden Taxe, soll

am 3ten Januar 1848 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Bekanntmachung.

Bezugs Sicherstellung der Lieferung von 24 Klaffen Birken-, 1077 Klaffen Eichen- und 245 Klaffen Kiefern-Kloben Brennholz für die hiesigen königlichen Garnison-Anstalten pro 1848, durch Minus-Licitations, wird auf Dienstag den 6ten Juli c. Vormittags 10 Uhr

im Bureau der unterzeichneten Verwaltung (Schützenstraße No. 1.) ein Licitations-Termin anberaumt, zu welchem die kautionsfähigen Uebernehmungslustigen hierdurch mit dem Bewerben eingeladen werden, daß die desfalligen Bedingungen im genannten Lokal zur Einsicht liegen und im Termine eine Kautions von $\frac{1}{10}$ des Lieferungs-Objectes aufzuweisen ist.

Posen, den 19. Juni 1847.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Für den Winter 1847 soll der Brennholz-Bedarf für das königliche Ober-Präsidium, die königliche Regierung, das königliche Consistorium und Provinzial-Schul-Kollegium, für die beiden königlichen Gymnasien nebst geistlichen Alumnat, das königl. Schullehrer-Seminar und die königl. Luiseenschule, mit überhaupt

300 Klaffen Eichen-	} Kloben-Holz,
40 dto. Kiefern-	
60 dto. Birken- und	
100 dto. Eichen-	

im Wege der Entreprise beschafft und die Lieferung dem Mindestfordernden überlassen werden.

Zur Licitations-Act auf den 9ten Juli c. Vormittags um 10 Uhr im königlichen Regierungs-Gebäude hier selbst vor dem Unterzeichneten der Termin angesetzt, in welchem Bietungslustige zu erscheinen und ihr Gebot abzugeben, hiermit aufgefordert werden.

Der Zuschlag wird, unter Vorbehalt der Genehmigung der königlichen Regierung erteilt, und können die Licitations-Bedingungen zu jeder Zeit bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Posen, den 12. Juni 1847.

Holzfisch, Reg.-Secretair.

Tuch=Auktion.

Bei der heute im Auktions-Lokal, Friedrichstraße No. 30. stattfindenden Möbel-Auktion, kommen Nachmittags 4 Stück verschiedenartige feine Tuche mit zur Versteigerung.

Posen, den 22. Juni 1847.

Anschüß.

Güter-Verpachtung im Fürstenthum Krotoschin.

Der im Krotoschiner Kreise, 1½ Meile von Krotoschin und Dobrzyce, und ½ Meile von Rozmin belegene Haupt-Pachtschlüssel

Rozdrażewo,

mit den Vorwerken Rozdrażewo, Zielice und Maciejewo mit

3576 Magd. Morgen 1 □ Ruthe Ackerland,

204 = = 116 = Wiesen,

28 = = 138 = Gärten,

274 = = 68 = Teichen,

21 = = 57 Rainen u. Hutungen,

dann mit 26 Spann- und 632 Handdiensten, guten und zureichenden Wohn-, Wirthschafts- und Proportions-Gebäuden, dem Getränke-verlage in den herrschaftlichen Krügen, und mit 7000 Rthl. Grund-Inventarien-Capital oder Objecten, soll in dem Freitags den 25ten Juni cur. Vormittags um 10 Uhr

in unserem Geschäfts-Lokale hieselbst anstehenden Termine von Johannis cur. ab auf 12 Jahre meistbietend verpachtet werden.

Nur wirkliche Landwirthe, welche zureichendes Betriebs-Capital nachweisen, und die vorgeschriebene Pacht- und Inventarien-Cautions leisten können, werden gegen eine baare Einlage von 1200 Rthl. zur Licitations zugelassen werden; die höhere Genehmigung des Meist- oder Besigebots mit der Wahl unter den Bestbietenden wird aber vorbehalten. Die allgemeinen und speziellen Pachtbedingungen nebst dem Haupt-Ertrage pro informatione sind täglich während der Dienststunden in unserem Geschäfts-Lokale einzusehen.

Schloß Krotoschin, den 10. Juni 1847.

Fürstlich Thurn- und Taxische Rentkammer.

Ein unverheiratheter Inspektor und ein Forstbeamte, der Polnischen und Deutschen Sprache mächtig, welche bereits seit einer Reihe von Jahren bedeutende Güter und Forsten verwalteten, und mit den besten Zeugnissen und Empfehlungen versehen, wünschen in ihrem Fache ein baldiges Engagement.

Nähere Auskunft hierüber erteilt

die Haupt-Güter-Agentur, Comptoir: Wasserstraße No. 14.

Serber- und Büttelstraßen-Ecke No. 12. ist eine Stube in der Bel-Etage nach vorne heraus vom 1sten Juli d. J. ab zu vermieten.

Am Kammereiplatz No. 293. ist in der Bel-Etage eine Wohnung, bestehend in 3 Stuben nebst Küche und Zubehör von Michaeli c. zu vermieten.

Hartwig Kantorowicz.

Große Serberstraße 25. eine Treppe hoch ist eine möblirte Stube zu vermieten.

Zu dem gegenwärtigen Johanni-Markt empfiehlt eine große Auswahl von Galanterie-Waaren, als: die neuesten **Muschel-Sachen** von **Galereen-Sclaven** gearbeitet, **Uhrketten**, **Ohr-** und **Fingerringe**, **Broche's**, wie auch die schönsten **Wappsteine** empfiehlt die Muschelhandlung von Vigée, aus Havre de Grace. Sein Stand ist in der Kammerei-Pude vis-à-vis der Handlung des Herrn Lisowski.

Beachtungswerth für Jedermann.

Hierdurch zeigen wir einem geehrten Publikum ergebenst an, daß wir zum ersten Male diesen Markt mit einem großen Lager aller nur möglichen Sorten

Stahlschreibfedern

von Weinhauer, bezogen haben. In der Stahlschreibfederwelt, und die ist jetzt gewiß nicht mehr klein, ist die Firma Weinhauer anerkannt, so daß wir uns jeder weiteren Lobeserhebung enthalten können. Wir fügen nur hinzu, daß die Federn in 180 verschiedenen Sorten zu haben sind und die Preise anfangen mit

4 Silbergroschen für 12 Duzend.

Schließlich ergeht die Bitte, von unserer ergebenen Offerte Notiz zu nehmen und sich zur Stelle zu überzeugen, daß eine größere und mannichfaltigere Auswahl hier noch nicht zu finden war.

Unser Stand befindet sich bei der Fontaine von der Wasserstraße herein.

NB. Der Verkauf dauert nur einige Tage.

Die Fischbein-Fabrikanten Carl Bohnhoff & Comp. aus Berlin beziehen die bevorstehende Frankfurt a/D. Margar.-Messe mit Lager von

„Fischbein in allen Gattungen“

und empfehlen dasselbe bei schöner Waare zu billigen Preisen. — Stand in Frankfurt a/D. Richstraße 48. a. d. Hofe.

Frisch angelangte Englische Ruß-Steinkohlen offerirt zu auffallend billigem Preise, und geschieht der Verkauf vom Rahne Graben No. 10.

Jacob Adolph.

A. Seifert,

Glasveredler aus Hermsdorf bei Warmbrunn,

empfehlte sich diesen Markt wieder zur gütigen Beachtung und zu möglichst billigen Preisen.

Stand: Kammereibudenreihe wie früher.

Silber-Wäsche.

Schärpen und Porte d'épée's werden gewaschen Schützenstraße No. 22. bei Jäger.

Es ist mir der 4 % Pfandbrief des Großherzogthums Posen

No. 133. Kornit, Kreis Schrimm, No. 2588. über Fünfhundert Reichsthaler nebst Coupons seit Johanni d. J.,

gestern in Rogasen entwendet worden. Ich habe dessen Amortisation beantragt und zeige dies an.

Rygielsko bei Wągrowiec, den 19. Juni 1847.

Adalbert Kamiński.

Bitte um Aufschluß.

Die Erwiderung auf die bescheidene Anfrage in No. 139. dieser Zeitung ist eben so unlogisch, als die Annonce in No. 136. Die letztere, als die unbedeutendere, unberührt lassend, gehe ich auf die nähere Erörterung des Unlogischen in der Erwiderung unter No. 139. über, und zwar bleibt, abgesehen von der etwas vagen Behauptung des Unsoliden des en gros-Geschäfts, da man auch ein en gros-Geschäft mit effectiver Waare, also solide führen kann, und der zu allgemeinen Haltung des Sages: „daß jeder andere Produkten-Einkauf, der nicht auf dem Papiere oder pr. Connoissement geschieht, Detailkauf ist“, da doch hoffentlich die Unternehmungen in Wolle, Leder u., die doch auch zu den Produkten gezählt werden und vielleicht nicht immer auf dem Papiere oder pr. Connoissement effectuirt werden, wenn sie ins Große betrieben werden, auch zum en gros-Geschäfte gehören, — es zweifelhaft, ob Herr Julius Kantorowicz früher nur ein Detail-Geschäft betrieben und dieses ganze Geschäft jetzt seinem Sohne übergeben hat, oder ob derselbe ein Detail mit einem en gros-Geschäfte verbunden, welches letztere eigentlich kaum denkbar, da derselbe doch ein en gros-Geschäft für unsolid hält, und sich mit eigenen Worten wohl nicht hat schlagen wollen. Da jedoch nicht anzunehmen, daß Herr Kantorowicz bei seiner stehenden Gesundheit sich ganz vom Geschäfte zurückziehen, noch weniger aber, wenn er früher nur ein Detail-Geschäft geführt, jetzt erst ein en gros-Geschäft, das doch seinem eigenen Aussprache zufolge unsolid ist, eröffnen wird, so hat derselbe wahrscheinlich früher wenig en detail, mehr aber en gros gehandelt, zu welcher Ansicht man um so mehr geführt wird, als derselbe die ganze Angelegenheit so schlecht zu detailliren wußte.

Unus pro multis.

Demüthige und bescheidene Anfrage an den ehrenwerthen Chef des Produkten-Geschäfts en detail.

Was kosten 12 Weizen-, 9 Roggen- und 6 Hafertörner? Was ¼ Loth Heu?

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 13. bis 19. Juni.

Tag.	Thermometerstand		Barometer-Stand.	Wind.
	tiefster	höchster		
13. Juni	+ 9,5°	+ 12,4°	27 3. 9,02	N.
14. "	+ 8,0°	+ 16,0°	27 " 9,8 "	W.
15. "	+ 9,3°	+ 17,4°	27 " 11,5 "	SW.
16. "	+ 9,0°	+ 17,5°	27 " 11,6 "	SW.
17. "	+ 8,1°	+ 18,3°	27 " 11,0 "	SW.
18. "	+ 10,2°	+ 20,2°	27 " 10,5 "	D.
19. "	+ 13,4°	+ 20,0°	27 " 10,0 "	SW.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Kurie der drei Stände am 14. Juni.

(Schluß.)

Abg. Fehr. v. Mylius (fährt fort): Es ist nämlich die Ansicht, daß das Judenthum selbst auch ein bedeutendes nationales Element habe, welches sich in der gegenwärtigen Lage der Juden und des jüdischen Wesens dahin ausdrücken muß, daß es das religiöse bedeutend überwiegt. Ich habe noch auf einen Einwand zurückzukommen, welcher dahin geht, daß das Beispiel von anderen Nationen nicht maßgebend sei, daß nämlich es sich herausgestellt habe, daß die Gleichstellung der Juden, wie sie in Frankreich und England stattgehabt hat, ohne Nachtheil für den Staat gewesen ist. Daß sie aber dem Staate nicht gefährlich sein konnte, lag jedoch in anderen Ursachen. Keinesweges kann man von dem reinen praktischen Resultate, wie es jetzt vorliegt, die Richtigkeit der Theorie bestreiten, die wir aus dem inneren Wesen, den Thatsachen selbst entwickeln müssen. Man wird aber auch sagen: Führt man die Emancipation ein, so wird man die Juden zu Staatsbürgern bilden. Es wird eine kurze Zeit vergehen, so werden sie Staatsbürger sein. Hierauf ist zu erwidern: Es kann nicht des Staats würdig sein, daß er eine Erziehungsanstalt werde, in welche er diejenigen aufnimmt, welche grundsätzlich ihm widerstreben, es kann nicht des Staates würdig sein, daß er politische Institutionen gründe, an welchen die Juden ihr jüdisches Vorurtheil abschleifen und abnutzen sollen. Dann aber sage ich auch schließlich, daß es nicht wahr, daß die Emancipation, wie sie in Frankreich statthat, bereits eine solche Entwicklung des Judenthums in der Ausdehnung, wie sie angedeutet ist, zur Folge gehabt hat, und ich erlaube mir, an die historischen Thatsachen zu erinnern, welche in Frankreich gerade für das Gegentheil zu sprechen scheinen. Es war, wenn ich nicht irre, im Jahre 1812, als der Deputirten-Kammer ein Gesetz-Vorschlag vorlag, welcher auf Abkürzung der Arbeitszeit in den Fabriken gerichtet war. In diesem Gesetze war vorgesehen, daß als Ruhetag für alle Arbeiter der Sonntag gelten sollte. Bei Gelegenheit der Diskussion dieses Gesetzes war ein Amendement aufgestellt, dahin gehend, daß für die christlichen Arbeiter der Sonntag, für die jüdischen dagegen der Sabbath der gesetzliche Ruhetag sein sollte. Welches Schicksal dieses Amendement damals gehabt hat, kann ich nicht sagen, ich weiß nur, daß es aufgestellt und diskutiert worden ist. Daraus, daß es aufgestellt und diskutiert worden, folgt aber gerade, daß, trotz der Emancipation und trotz aller Gleichstellung, nach einer Reihe von Jahren in dem Parlamente Frankreichs die Meinung sich geltend machen konnte, daß ein jüdischer Feiertag existiren müsse, und diese Thatsache halte ich denen gegenüber, welche sagen: man braucht die Juden nur zu emancipiren, um sie sofort zu Staatsbürgern zu machen. Insofern in dem vorliegenden Gesetzentwurf daher die vollständige Emancipation, d. h. eine Verleihung der politischen Rechte, den Juden verweigert wird, kann ich mich den Grundsätzen desselben nur anschließen.

Abg. Fehr. v. Winke: Ich kann dem letzten Redner nicht beitreten. Es haben sich über den Gegenstand so viele vortreffliche Redner vernehmen lassen, wie vergleichungsweise an einem und demselben Morgen noch nicht vorgekommen ist. Es wird mir daher nur gestattet sein, an einige allgemeine Grundsätze zu erinnern, und da muß ich darauf zurückkommen, was ich als den eigentlichen Kern der Verhandlung von den Vertretern des Gouvernements aussprechen gehört habe, auf den Begriff des christlichen Staates. Es geht mir, wie mehreren anderen Rednern, daß ich nämlich trotz der eifrigsten Forschungen und des gewissenhaftesten Nachdenkens mir nicht habe klar machen können, was unter einem christlichen Staat zu verstehen sei. Ich glaube das Christenthum sehr hoch zu stellen; aber der Begriff der Religion kann doch nur auf der inneren individuellen Ueberzeugung beruhen. Der Staat aber ist ein Komplexus von Individuen, welcher als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben kann. Insofern daher der Staat eine moralische Person darstellt, so kann ich mir nicht denken, daß derselbe als solcher eine bestimmte Religion haben könne. Wie man also von einem Staate sagen könne, es ist ein christlicher Staat, ist mir nicht erklärlich. Der Staat wird doch auch nicht die Bestimmung haben sollen, die Glaubenssätze einer bestimmten Konfession zu realisiren — gewissermaßen der Exekutor der Kirche zu sein. Vielleicht hat diese Darstellung in einem andern Sinne genommen werden sollen; man will vielleicht sagen, als Staat hat er in der Gesetzgebung die Prinzipien zu realisiren, die aus der christlichen Moral hervorgehen, denn die Glaubenssätze selbst kann er nicht realisiren. Aber auch in dieser Beziehung kann ich mir nicht denken, daß der Staat sich als Exekutor der Kirche zu geriren habe. Wenn es sich darum handelt, die Grundsätze der christlichen Moral zu realisiren, so muß ich gestehen, daß ich die Benennung eines christlichen Staates für den unsrigen bestreiten muß. Ich will nur die Grundsätze unseres Staates mit dem neuen Testamente vergleichen. Ich könnte zwar auch bei dem alten Testamente anfangen und mit den zehn Geboten beginnen. Die zehn Gebote sagen schon: „Du sollst nicht tödten“, während der Herr Schatz-Minister, den auch die Armee in ihren Reihen zu zählen das Glück hat, gewiß nicht brachsig wird, in strenger Anwendung jener Grundsätze den Krieg zu verdammen. Es steht ferner im neuen Testament: „Du sollst nicht schwören; eure Rede sei ja ja, nein, nein; was darüber ist, ist vom Uebel.“ Wir haben jedoch noch in einer der letzten Sitzungen, wo wir mit dem Gesetzentwurf wegen der Einkommensteuer beschäftigt waren, erfahren, daß sogar neue Eide eingeführt werden sollten, Eide, mit denen die dringende Besorgniß des Meinesdes verbunden ist, weil von deren Ableistung oder Nichtableistung die Besteuerung abhing; also während eine Allerhöchste Proposition noch neue Eide in unserem Staate einführt, kann man doch nicht von einem christlichen Staate reden, welcher den Satz nicht brachtet: „Du sollst nicht schwören.“ Es ist ferner das Gebot des Christenthums: „Liebet eure Feinde“ und: wenn dir Jemand einen Backenstreich giebt, so halte ihm die andere Backe auch hin; wie wollen wir aber mit diesem Grundsätze die Gesetzgebung über die Injurien in Einklang bringen. Viele Paragraphen des Landrechts müßten ausgetilgt werden, wenn sie in Einklang mit jenem Grundsätze gebracht werden sollen. Wie will man in der auswärtigen Politik mit dem Gebote der Feindesliebe es vereinigen, Verträge gegen auswärtige Mächte zu schließen? Ich glaube, wenn wir unsere Ministerien alle durchmustern, so können ihre Handlungen diesem Standpunkte gegenüber nicht bestehen; wenn wir nament-

lich auf das Schatzministerium übergehen, so können wir es im Sinne des Christenthums nicht gerechtfertigt finden, daß Schätze gesammelt werden, denn das Christenthum gebietet uns, irdische Güter gering zu achten, und es heißt in der Bibel, daß es eher anzunehmen ist, daß ein Kameel durch das Nadelöhr gehen wird, als daß der Reiche in das Reich Gottes kommt. Die jüdische Religion enthält keine Vorschriften, welche die Juden verbiete, eben so gute Staatsbürger zu sein als wir Christen. Ich glaube nicht, daß uns die Nationalität der Juden, das Judenthum, Anlaß geben könnte, ihnen diese Rechte zu verkürzen, und die Ansicht, die der Redner vor mir ausgesprochen hat, daß das Judenthum so beschaffen sei, daß wir den Juden politische Rechte nicht gewähren könnten, hat mich durchaus nicht überzeugt. Ich komme auf die Fehler zurück, die uns von mehreren Seiten, als den Juden eigen, hervorgehoben wurden, und zu diesen zähle ich namentlich ihre Habsucht, die sehr häufig einen schmutzigen Charakter annimmt, und ich möchte hinzufügen: ihre Kriecherei, und (wenn auch viele Juden im Jahre 1813 das Vaterland vertheidigt haben), so setze ich doch noch hinzu: ihre Feigheit; alle diese Fehler sichern sie vor meiner Sympathie; wenn sie mir aber auch noch so unangenehm in sozialen Verhältnissen wären, so genügt mir doch dies nicht, um ihnen die politischen Rechte abzusprenken; zumal wenn wir uns noch sagen müssen, daß diese ihre Fehler in der Behandlung, die ihnen unsere Gesetzgebung hat angedeihen lassen, ihren Ursprung haben. Daß sie neben ihren Fehlern auch viele Vorzüge haben, hat selbst der Herr Schatz-Minister anerkannt, und es bedarf also keines weiteren Zeugnisses darüber mehr. Wenn man ein gewisses Vorurtheil als begründet anerkennen will, so ist es durch die Gesetzgebung selbst hervorgerufen. Ich komme endlich darauf zurück, wie sich die Sache praktisch gestaltet, und gedente des Nachtheils, der aus der Emancipation angeblich entstehen kann. Es ist in der uns vorliegenden Denkschrift und von dem Herrn Kultus-Minister gesagt worden, daß Umstände vorkommen könnten, wo die Juden über Unterrichtsverhältnisse, würden zu urtheilen haben. Ich meine, daß die Kirche den Unterricht in der Religion als ein ihr zustehendes Recht wird reklamiren können, vorbehaltlich der Oberaufsicht, welche der Staat über dessen Ertheilung auszuüben hat. Was den übrigen Unterricht betrifft, so weiß ich nicht, warum man die Juden aus einem Schulvorstande oder einer Schulbehörde ausschließen sollte; vielmehr sind sie durch ihre mit Recht gerühmten intellektuellen Eigenschaften dazu vollständig geeignet. Es ist ferner gesagt worden, die Juden könnten keine Zoll-Einnehmer werden, weil sie am Sabbath keine Geldgeschäfte treiben dürften; ich glaube aber, wenn der Staat Jemanden ein Amt giebt, so giebt er ihm auch eine Instruktion, und wenn der Jude verhindert ist, auf irgend eine Art seine instruktionsmäßigen Pflichten zu erfüllen, so wird er zur Disziplinar-Untersuchung gezogen und nach Umständen entlassen. So lange sich aber kein Hinderniß zur Erfüllung ihrer Amtspflichten auf Seiten der Juden herausstellt, so weiß ich nicht, warum der Staat in ihrer Religion ein Hinderniß finden sollte. Es fragt sich nur, ob der Jude seinen Amts-Obliegenheiten nachkommt oder nicht. Wenn ferner von separatistischen Bestimmungen der jüdischen Gesetze gesprochen wird, so ist mir zwar bekannt, daß die Juden nach ihrem Gesetze diese oder jene Speise nicht essen dürfen; so lange aber der Baron Rothschild in Frankfurt a. M. an dem Tische der hohen Deutschen Bundesversammlung die brillantesten Dinners veranstaltet, an welchem die ganze hohe Diplomatie lebendigen Antheil nimmt, so kann ich nicht einsehen, daß die Juden durch separatistische Bestimmungen verhindert sein sollten, mit den Christen zu verkehren. Wenn der Herr Schatz-Minister sagte, daß bei keinem Volke die Religion und Nationalität so zusammen verwachsen seien, als bei den Juden, so möchte ich doch diesen Vorzug für die Türken in Anspruch nehmen, von denen er gleichfalls gesprochen hat. In Betreff der Türken ist es zwar richtig, daß sie jetzt keine Christen zu Staats-Mitgliedern zulassen; aber ich bin überzeugt, daß, wenn sie diesen Grundsatz verließen, daraus kein Nachtheil für den Muhamedanismus entsprängen würde, und das ist doch das Einzige, was man in Betreff der Juden zu erinnern haben könnte; ich bin überzeugt, daß aus ihrer Emancipation eine Gefahr für das Christenthum nicht entspringen würde. Wenn ich mich dem von dem Herr Schatz-Minister gewählten Beispiele anschließe, so bin ich überzeugt, daß, wenn derselbe in der Türkei geboren und, obwohl Christ, zu einem türkischen Staatsamte zugelassen wäre, doch Se. Excellenz, ungeachtet des christlichen Sinnes, der Sie auszeichnet, nicht viele Türken zum Christenthum bekehren würden. Es ist zum Schlusse von einem Mitgliede aus der Niederlausitz gesagt worden, daß gerade der Fortschritt, das Vorwärts, was wir in Bezug auf die Frage einschlagen, das wichtigste Vorwärt's dieses Landtages sein würde. Zu dieser Ansicht kann ich mich zwar nicht bekennen, sondern so viel Egoist bin ich noch, daß ich das Vorwärt's, was wir mit redlichem Bemühen im Allgemeinen für unsere verfassungsmäßigen Rechte haben vereinigen wollen, höher stelle, als in Bezug auf diese einzelne Proposition. Aber ich glaube, daß wir bisher immer und alleammt, wenn wir auch verschiedenen Ansichten gefolgt sind und verschiedene Standpunkte eingenommen haben, daß wir sämmtlich befeelt gewesen sind von dem Bestreben, den Standpunkt des Rechts nach allen Seiten zu wahren, zu konserviren und zu befestigen und getreu dem Wahlspruch *suum cuique* Jedem sein gutes Recht haben angedeihen lassen. Und von diesem Standpunkte aus möchte ich mir das Recht vindiciren, einen Ausspruch wo möglich für alle Folgezeit realisirt zu sehen, zu dem sich der größte Monarch bekannt hat, der bis 1786 auf dem Preussischen Thron saß, nämlich Friedrich der Große. Wenn er auch von spätern Ministern verdunkelt worden ist, von Ministern wie Wöllner, und verdunkelt werden wird, von Anderen, die ihm gefolgt sind oder folgen werden — so soll doch immer der erhabene Spruch als das würdigste Exempel Preussischer Regentenweisheit in Wirksamkeit bleiben: „In meinen Staaten kann Jeder nach seiner Fäcung selig werden.“

Staats-Minister v. Thile: Das geehrte Mitglied aus Westphalen hat uns auf ein sehr theologisches Feld geführt, und ich will die Versammlung nicht ermüden durch ausführliches Eingehen auf diesen Standpunkt. Was ich über den christlichen Staat gesagt habe, glaube ich, so weit erklärt zu haben, daß die Versammlung verstanden haben wird, was ich darunter meine. Wenn das geehrte Mitglied uns in das neue Testament geführt und eine Menge einzelne Stellen angeführt hat, mit welchem sich unsere Gesetzgebung nicht vertrüge, so kann ich nur darauf aufmerksam machen, daß die Diffe-

renz dabei aus dem Auge verloren worden ist, zwischen individuellen und idealen Vorschriften, die dem einzelnen Christen gegeben sind, und zwischen der Pflicht, die der Staat hat, eben dem Mißbrauche dieser Vorschriften von Seiten Anderer entgegenzutreten. Wenn unsere Gesetzgebung hätte sagen wollen: „Wer dir den Rock nimmt, dem gib auch den Mantel dazu“; — ich glaube doch, es würde anerkannt werden, daß sie den Standpunkt, auf dem sie stehen soll, aus den Augen verloren hätte. Die Stellen des neuen Testaments, die der geehrte Redner uns vorgeführt hat, schreiben dem Christen seine Pflichten vor; der Staat hat aber die ganz andere Pflicht, dafür zu sorgen, daß mit diesen Vorschriften kein Mißbrauch getrieben wird. Ich glaube, endlich noch bemerken zu müssen, daß die christliche Moral mit der Moral des alten Bundesvolkes nicht überall so zusammenfällt, daß man gar kein Bedenken dabei finden könnte, sie mit einander verschmelzen zu wollen; ich möchte nur hinweisen auf eins der Beispiele, die der geehrte Redner selbst angeführt hat. In dem neuen Testamente ist uns vorgeschrieben: Du sollst deinen Feind lieben. Aber unmittelbar bei dieser Vorschrift wird auf den alten Gegensatz hingewiesen: Aug' um Auge, Zahn um Zahn. Ob beide Prinzipien sich wohl mit einander vertragen möchten, überlasse ich der Erwägung.

Landtags-Kommissar: Der geehrte Redner hat selbst die Fortschritte gegen den jetzigen Zustand aufgeführt, welche durch den Gesetz-Entwurf angebahnt sind, und mich dadurch der Mühe überhoben, diese Aufzählung zu wiederholen; er hat dem Entwurf nur den einzigen Vorwurf gemacht, daß er eine dem jetzigen Zustande fremde Einsperkung der Juden in Corporationen anordne und dadurch den Weg zu einem Ghetto einschlage. Das Gesetz von 1812 hatte in seinem letzten Paragraphen vorgeschrieben, daß die Kultus-Verhältnisse der Juden besonders geordnet werden sollten; in Erfüllung dieses Vorbehaltes ist derjenige Theil des Gesetzes, welcher sich auf die Kultus-Verhältnisse bezieht, gegeben. Diese Kultus-Verhältnisse setzen, wie schon vorhin erwähnt, nothwendig jüdische Corporationen voraus, wie sich diese auch seither überall von selbst gestaltet haben. Ihre Synagogen beruhen überall auf Vereinen, obgleich solche vom Gesetz nicht überall als zu Recht stehend, als rechtliche Corporationen anerkannt sind. Wenn nun der Gesetz-Entwurf, indem er in dieser Beziehung den faktischen Zustand zum großen Vortheil der Juden in einen rechtlich begründeten umschaffen will, in einigen wenigen Punkten diesen Corporationen bürgerliche Beziehungen giebt, so verahre ich den Entwurf vor der Absicht, daß dadurch eine solche Absperkung habe herbeigeführt oder, wie ein anderer Redner sich geäußert, ein Staat im Staate gebildet werden sollen. Von einem geehrten Redner aus der Rhein-Provinz ist, ich möchte sagen, mit tragischem Effekte hervorgehoben, daß, ungeachtet die Juden in unseren großen Befreiungskriegen mitgekämpft und ungeachtet erweislichermassen ein Jude in der Schlacht von Lützen wirklich geblieben, dennoch ihnen nicht einmal dasjenige als Preis des großen Kampfes gelassen sei, was sie früher gehabt hätten. Auch hierauf muß ich erwidern, daß, abgesehen von den Interpretationen, welche §§. 8 und 9 des Gesetzes von 1812 im Jahre 1822 von des hochseligen Königs Majestät erhalten haben, und die man wirklich als Interpretationen bezeichnen muß, weil die ganz nackten Bestimmungen dieser Paragraphen einer Auslegung bedurften — daß, sage ich, abgesehen von diesen Interpretationen, gegen die Bestimmungen des Gesetzes von 1812, keine den Juden ungünstige Veränderungen eingetreten sind, daß vielmehr diese Interpretation schon jetzt in Beziehung auf die Anstellungsfähigkeit der Juden eine günstige Aenderung erfahren habe und der Gesetzentwurf, wie auch der geehrte Redner selbst anerkennt, noch günstigere Veränderungen anbahnt. Wenn aber derselbe geehrte Redner darauf Bezug genommen hat, daß nicht allein das Gesetz von 1812 erfüllt werden müsse, sondern daß auch gegen den Zustand der Juden, welchen sie durch die fremdherrliche Gesetzgebung erhalten hätten, nach den Bundesbeschlüssen keine Benachtheiligung stattfinden dürfe, so ist diese Behauptung nicht richtig. Es heißt im Artikel 16 der deutschen Bundesakte: „Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei und wie insonderheit derselben der Genuß der bürgerlichen Rechte, gegen die Uebnahme aller Bürgerpflichten, in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.“ Es heißt also: von einzelnen Bundesstaaten, nicht in einzelnen Bundesstaaten, und zwar ist dieses Wort „von“ nicht zufällig, sondern mit reiflicher Erwägung dessen, was es sagen sollte, in das Gesetz aufgenommen. In dem ursprünglichen Entwurfe stand: „In den verschiedenen Bundesstaaten“; aber auf Reclamation einiger deutscher Staaten, welche eine Zeitlang der Fremdherrschaft unterworfen gewesen waren und nicht wollten, daß fremde Gesetze ihnen für immer aufgezwungen werden sollten, ist das Wort „in“ in „von“ verwandelt worden. Es ist dies, wenn ich nicht irre, auf den Antrag eines Staats geschehen, welcher sich der ihm dadurch gegebenen Freiheit in dem Maße bediente, daß er noch jetzt gar keine Juden in seinem Gebiet duldet. Einen Herrschaftsanspruch für die Juden derjenigen Landestheile, welche durch die fremdherrliche Gesetzgebung Rechte erlangt haben, kann ich dahin nicht anerkennen, daß ihnen solche ganz unverändert erhalten werden müßten. Ich glaube aber auch nicht, daß diese Frage von Erheblichkeit ist, weil ein wesentlich besserer Zustand in jenen Landestheilen nicht bestanden hat als der, den das Gesetz von 1812 vorschreibt. Wenn es aber darauf ankommt, zu beweisen, daß der Gesetz-Entwurf wirklichen Fortschritt zum Besten der Juden will, so bitte ich schließlich, noch in Erwägung zu ziehen, in welchem Zustande sich die Juden in einzelnen Gebietstheilen befinden. Ich erinnere in dieser Beziehung nur an die vormals nassauischen Landestheile, wo jeder einzelne Jude erst einen Schutzbrief erhalten muß, um betheilen zu dürfen, und wo dieser Schutzbrief in der Regel dem ältesten Sohne gegeben wird und gegeben werden soll, während die anderen Brüder dem Colibat verfallen. Ich bitte auch an diese zu denken, wenn es sich darum handelt, zu beurtheilen, ob die neue Gesetzgebung ein Fortschritt oder ein Rückschritt sei. Nachträglich muß ich noch bemerken, daß derselbe verehrte Redner, welcher die Behauptung aufgestellt, daß auch die fremdherrliche Gesetzgebung in Beziehung auf die Juden nicht verletzt werden dürfe, hervorgehoben hat, daß diese Bestimmung durch eine Allerhöchste Kabinetts-Ordre bekräftigt sei. Hiermit kann nur die Ordre vom 8. August 1830 gemeint sein, welche bestimmt, daß das Edikt vom Jahre

1812 keine Anwendung auf die neu erworbenen Provinzen finden soll, und hinzusetzt, daß die bestehende Juden-Versassung daselbst, bis zur weiteren gesetzlichen Bestimmung, beibehalten werden soll. Eine Garantie über den Zeitpunkt hinaus, wo das Judenwesen für die ganze Monarchie allgemein geordnet werden soll, ist danach durch diese Ordre nicht erteilt.

(Ruf zur Abstimmung.)

Abg. v. Landsberg-Steinsfurt: Nachdem so viele Redner vor mir und namentlich ein Redner der Ritterschaft Westphalens mit so hoher Beredsamkeit sich für die völlige Emancipation ausgesprochen haben, ergreife ich nur ungern das Wort, um hier die entgegengesetzte Ansicht auszusprechen, und ich gründe meine Hoffnung, daß meine Ansicht bei der hohen Versammlung noch Geltung finden wird, keinesweges auf die Beredsamkeit, sondern auf die Bemerkung, die ich schon bei mehreren Verhandlungen gemacht habe, daß, je mehr Redner sich für die Sache aussprechen, desto mehr bei der Abstimmung dagegen sind. (Gelächter.) Ich habe mich als Mitglied der ersten Abth. immer gegen eine völlige Emancipation der Juden ausgesprochen, und nachdem ich alle Gründe für die entgegengesetzte Ansicht habe entwickeln hören, kann ich doch nicht von meiner Ansicht abtreten. Am wenigsten kann meine Ansicht eine Veränderung erleiden durch die Aeußerungen, welche das verehrte Mitglied aus Posen vorgetragen hat, daß wir nämlich die Emancipation aussprechen können, weil wir erwarten dürfen, daß sie nie im vollen Umfange zur Ausführung käme. Ich glaube im Gegentheil, daß, wenn ein Gesetz erlassen wird, wir auch erwarten können und müssen, daß es zur Ausführung kommen kann und wird, und daß wir diese Loyalität auch den Juden schuldig sind. Wenn ein Mitglied aus der Rheinprovinz gesagt hat, daß die Ansichten, welche von dem Herrn Kabinetts-Minister über die Emancipation der Juden entwickelt sind, keinen Anklang bei uns finden können, so muß ich bemerken, daß dieses kategorische Urtheil gänzlich unrichtig war, denn diese Ansichten haben bei mir und, wie ich überzeugt bin, bei vielen Mitgliedern den vollsten Anklang gefunden. (Mehrere Stimmen: Ja wohl!) Die Gründe, die mich bestimmen, mich gegen die Emancipation der Juden auszusprechen, würde ich nicht weiter entwickeln, wenn ich nicht gestern ein Amendement eingereicht hätte und dazu noch einige Motive anführen wollte. Meine Gründe sind einfach die, daß man sich für die völlige Emancipation der Juden durchaus nicht entscheiden kann, ohne das Christenthum gänzlich aufzugeben. (Seufzer.) Ich frage zur Begründung meiner Ansicht, ob wir erwarten dürfen, unseren Nachkommen das Christenthum zu erhalten, wenn wir alle Staatsämter den Juden überlassen wollen, wenn wir die Erziehung unserer Kinder den Juden übertragen wollen. Hinsichtlich der ständischen Rechte erinnere ich nur an den Beschluß, den die hohe Versammlung selbst gefaßt hat, daß die Ausübung derselben an das Bekenntniß der christlichen Religion geknüpft sein soll. Ich theile ganz die Ansicht des verehrlichen Mitgliedes aus Westphalen, welches sich dafür ausgesprochen hat, daß die Schiedewand, welche einmal zwischen Juden und Christen besteht, daher rührt, daß die Juden von unserem göttlichen Stifter gesagt haben: wir haben ein Gesetz, und nach diesem muß er sterben. Darin ist es auch begründet, daß ihre Gesetze nie mit den unsrigen in Einklang kommen können. Ich wüßte auch nicht, daß ihre übrigen Glaubenslehren der Emancipation nicht entgegenstehen, wenigstens ist es mir auffallend gewesen, mit Gewißheit vernommen zu haben, daß mehrere Rabbiner und Rabbinate ihre Entscheidung abgegeben haben, daß Ehen zwischen Juden und Christen nicht allein nichtig, sondern sogar verwerflich sind, und in Folge dieser Erklärungen sind die Ehen selbst beim hiesigen Kammergerichte getrennt worden. Wenn ich nun die Gründe anführen habe, die mich bestimmen, gegen die Emancipation der Juden zu sprechen, so will ich zugleich bemerken, daß ich in aller übrigen Hinsicht es billig halte, wenn den Juden alle diejenigen Rechte eingeräumt werden, von denen man glaubt, sie ihnen einräumen zu können, ohne dem Christenthume zu nahe zu treten, und ohne die bürgerliche Wohlfahrt der christlichen Unterthanen zu gefährden.

Marschall: Es ist Zeit, die heutige Sitzung zu schließen, indem ich die geehrten Herren bitte, sich morgen früh um 10 Uhr zur Fortsetzung der Debatte versammeln zu wollen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung kurz vor 4 Uhr.)

Sitzung der Herren-Kurie am 14. Juni.

Die Sitzung beginnt nach 11 Uhr unter dem Vorsitz des Marschalls, Fürsten zu Solms. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Marschall: Wir kommen zur Fortsetzung der in letzter Sitzung abgebrochenen Berathung über den Antrag der Kurie der drei Stände hinsichtlich der Verweisung des Haupt-Finanz-Etats und der Uebersicht der Finanz-Verwaltung an eine Abtheilung. Ich bitte den Grafen Eberhard zu Stolberg, den Bericht weiter zu erstatten.

Referent Graf Eberh. zu Stolberg: Da bereits einige Tage vergangen sind, seitdem die erste Berathung über diesen Gegenstand stattgefunden hat, so glaube ich, es dürfte nicht unangemessen sein, wenn ich mir erlaube, einige Punkte herauszuheben, auf die es nach meiner Meinung bei der Berathung des Gegenstandes besonders ankommt. Ich glaube, daß man zuerst sich darüber zu einigen hätte, was im §. 11. unter dem Ausdruck: „Information“ verstanden werde. Die Abtheilung hat geglaubt, unter „Information“ nicht bloß Kenntnisaufnahme, sondern auch zugleich die Befugniß verstehen zu dürfen, sich Erklärungen über die Punkte geben zu lassen, die ihr unklar wären. Wenn diese von der Abtheilung gegebene Erklärung des Wortes „Information“ gerechtfertigt erscheint und von der hohen Versammlung angenommen wird, so wird es zweitens darauf ankommen, erstens ob die Information in diesem Sinne vollkommen rechtlich begründet, und es würde zweitens darauf ankommen, ob sie auch durchaus nöthig sei. Sind würde diese beiden Punkte von der hohen Versammlung anerkannt, dann würden wir darauf überzugehen haben, wie diese Information zu gewähren sei? Hier zerfällt nun die Abtheilung in zwei Theile. Die Majorität sagt, sie sei dadurch zu gewähren, daß eine besondere Abtheilung gebildet werde, die sich mit dem Finanz-Etat genau beschäftigt, die dann den Vereinigten Kurien die nöthige Information im Sinne des Gesetzes zu gewähren habe; die Minorität dagegen glaubt, daß auf dem Wege, der bis jetzt befolgt sei, also dadurch, daß die Herren sich einzeln über den Finanz-Etat zu unterricht-

ten suchten, aber besonders dadurch, daß die Abtheilungen, denen Finanz-Fragen vorliegen, sich, um diese Finanz-Fragen gehörig zu erörtern, von dem Zustande des Haupt-Finanz-Etats und der Uebersicht des Finanz-Haushaltes genau informiren sollen, daß, sage ich, auf diesem Wege die Information erreicht werde. Es würde also, wenn der erste Punkt erörtert wäre, darauf ankommen, mit welcher Ansicht, mit der der Majorität oder der der Minorität, sich die hohe Versammlung vereinigen wird.

Graf v. Ikenpliz: Der Antrag der Majorität der Abtheilung scheint mir geseglich begründet zu sein; und ich trage darauf an, denselben seitens der hohen Kurie zu genehmigen.

Graf York: So lebhaft ich wünsche, daß die Kurien möglichst selbstständig berathen und möglichst gefondert die Fragen zu behandeln und ins Auge zu fassen haben, so muß ich doch andererseits gestehen, daß ich nicht recht weiß, welcher bedeutende Grund einer von beiden Kurien gemeinschaftlich gebildeten Abtheilung zur Information entgegensteht. Es ist hier noch nicht von der Berathung, sondern von der Information die Rede. Es ist überhaupt, so weit es mit der Ansicht irgend verträglich ist, die größte Uebereinkunft zu wünschen, nicht aber, wie mir scheint, ein nutzloser Kampf, der daraus entstehen kann, daß eine möglicherweise sich widersprechende Vorlage verschiedenen Kurien zugetheilt wird. Ich würde mich dafür erklären, daß nur eine Kommission dem Zwecke entsprechend und wünschenswerth erscheint.

Fürst Lichnowsky: Ich kann mich leider mit der Rede meines verehrten Landsmannes nicht einverstanden erklären. Der geehrte Redner hat entwickelt, daß der Grund, der die Abtheilung geleitet haben mag, ein Nützlichkeitgrund gewesen sei. Ich kann diesem nur vollkommen beistimmen; jedoch eben weil es ein Nützlichkeitgrund ist, glaube ich, daß die Berathung in getrennter Kurie erfolgen müsse.

Graf Burghaus: Ich meinerseits sehe durch den Vorschlag noch kein Mittel, um die verschiedenen Meinungen auszugleichen und sich zu verständigen, und demnach kann ich nicht anders glauben, als daß es zweckmäßig ist, in einer Vereinigten Abtheilung und in den Vereinigten Kurien diesen Gegenstand aufzufassen.

Fürst Lichnowsky: Ich kann mich nur der Ansicht meines verehrten Freundes aus Ober-Schlesien in dem Wunsche anschließen, daß der Haupt-Finanz-Etat in Abtheilungen beider Kurien geprüft werden möge, und kann nicht glauben, daß hierdurch Veranlassung zu bedenklichen Konflikten gegeben werden würde.

Graf York: Ich kann der Meinung des Fürsten, der so eben gesprochen hat, nicht beitreten. Es handelt sich immer nur hier um eine Vorberathung, um eine Information, also um Notizen, um Nachrichten, die erst eingesammelt werden sollen, um dann die Berathung in der ganzen Kurie vorzunehmen, und da muß ich sagen, daß, wenn von verschiedenen Gesichtspunkten aus der Finanz-Etat angesehen wird und sich möglicherweise ein widersprechendes Bild für beide Abtheilungen herausstellt, dann für mich bei der Berathung und der darauf folgenden Beschlußnahme sich allerdings leicht eine Kollision zwischen den beiden Kurien herausstellen kann, sofern sie getrennt berathen, und ich habe schon vorher ausgesprochen, daß es mein lebhafter Wunsch sei, daß es je mehr und mehr möglich werde, daß jede einzelne Kurie selbstständig berathe. Wenn das aber der Fall sein sollte, so halte ich dann gerade es um so wünschenswerther, daß eine einzige Kommission, deren Mitglieder aus beiden Kurien zu gemeinschaftlicher Information zusammen-gesetzt sind, bestehe.

Graf v. Zieten: Um mich kurz zu fassen, deduzire ich so: Nach dem Allerhöchsten Patente haben wir weder das Recht, noch die Befugniß, den Finanz-Etat zu begutachten und noch weniger ihn zu berathen, und nach meinem Wunsche wird dieses Recht uns von der Krone hoffentlich nie eingeräumt werden. Die vorliegende Frage betrifft nur eine Information, die wir nehmen sollen; wir sollen uns überzeugen, wie der Finanz-Etat beschaffen ist, durch die uns vorgelegten Materialien, und da kann ich mich lediglich der Ansicht meiner beiden verehrten Gönner aus Schlesien anschließen, daß hierzu eine Kommission ernannt werde, aus beiden Kurien zusammengesetzt und vielleicht nach Verhältnis der Stärke der Kurien an sich. Es wird dadurch, wie schon vorher erwähnt wurde, eine unendliche Zeitersparniß bedungen und ist dem Zwecke vollkommen genügend. Ich sehe also nicht ein, warum diese Information nur partiell und nicht summarisch gefaßt werden soll.

Graf v. Arnim: Ich beschränke mich heute auf den unmaßgeblichen Vorschlag, diese Frage, die in der Abtheilung, nicht sowohl nach ihrer Zweckmäßigkeit als nach der Lage des Gesetzes und die auch hier von verschiedenen Seiten verschieden beantwortet ist, je nachdem das Gesetz so oder so ausgelegt wird, diese Frage über die Auslegung des Gesetzes in dieser Beziehung lediglich Sr. Majestät anheimzustellen. Se Majestät werden am besten wissen, wie Sie das Gesetz in dieser Beziehung gedeutet haben.

Graf Dyhrn: Ich glaube, es ist Sr. Majestät dem Könige zu überlassen, ob getrennte oder vereinigte Abtheilungen statthaben sollen. Ich für meinen Theil würde für eine einzige Abtheilung stimmen; aber ich halte die Berathung über den Finanz-Etat selbst für so zweckmäßig und so nützlich, daß es mich sehr schmerzlich berühren würde, wenn dieser, nach meiner Ansicht, ganz untergeordnete Punkt die Bitte an Se. Majestät auch nur eine halbe Stunde verzögern sollte.

Fürst Lichnowsky: Das ist also das Amendement, welches mein verehrter Kollege aus der Mark Brandenburg vorgeschlagen hat, und dem ich nur vollkommen beistimmen kann. Würden nicht Ew. Durchlaucht fragen, ob dieses Amendement Unterstützung findet?

Marshall: Es fragt sich, ob der Vorschlag, der gemacht worden ist, die gesetzliche Unterstützung von 6 Mitgliedern findet.

(Wird ausreichend unterstützt.)

Graf v. Kielmannsegg: Wenn ich der Verathung richtig gefolgt bin, so dreht es sich darum, ob in den Fällen, wo nach den §§. 4 bis 10 der Allerhöchsten Verordnung vom 3. Februar d. J. die ständige Mitwirkung eintritt, die Abtheilungen der beiden Kurien getrennt oder vereinigt arbeiten sollen; da aber die Ansichten der beiden Kurien gerade für diese Gegenstände sehr verschieden sein können, erlaube ich mir vorzuschlagen, daß statt der beantragten Fassung folgende gewählt würde: „daß Sr. Majestät allerunterthänigst gebeten werde, Allergnädigst zu gestatten, daß der Haupt-Finanz-Etat und die Uebersicht der Finanzverwaltung einer Abtheilung jeder Kurie zur

Vorberathung, dann aber den aus beiden Kurien vereinigten Abtheilungen zur gemeinschaftlichen Berathung vor Berichterstattung im Plenum überwiesen würde.“

Marshall: Das ist ein neuer Antrag, und ich muß darum fragen ob er die gesetzliche Unterstützung von 6 Mitgliedern findet. Er hat sie gefunden.

Referent Graf Eberhard zu Stolberg: Ich werde in Beziehung auf die verschiedenen Meinungen mir erlauben, eine Fassung vorzuschlagen, welche vielleicht genügen könnte. Sie geht nämlich dahin, „Sr. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, dem Vereinigten Landtag den Weg anzuweisen, auf welchem sich derselbe die nöthige Information über den Haupt-Finanz-Etat und die Uebersicht der Finanz-Verwaltung im Sinne des §. 11 des Patents vom 3. Februar zu verschaffen habe.“

Marshall: Es fragt sich, ob dieser Vorschlag die gesetzliche Unterstützung von 6 Mitgliedern findet. (Es erheben sich mehr als 6 Mitglieder.) Nach dem Vorschlag des Grafen von Arnim würde die erste Frage darauf gestellt werden müssen, ob man dem Antrage der Kurie der drei Stände beitrete. Dann würde, wenn diese Frage bejaht wäre, der Vorschlag des Grafen v. Arnim zu folgender Frage Veranlassung geben.

Graf v. Arnim: Ich habe ihn schon formulirt und bitte ihn so vorzulesen.

Marshall: Der Vorschlag, wie er gestellt ist und ich ihn aufgefaßt habe, führt zu folgender Frage: „Beschließt die Versammlung, von Sr. Majestät dem Könige eine Anweisung darüber sich zu erbitten, ob die durch eine Abtheilung zu bewirkende Information durch eine Abtheilung der vereinigten Kurien oder in beiden Kurien durch eine Abtheilung einer jeden derselben erfolgen sollte?“ Wünschen Sie, daß die Fassung verlesen werde, wie sie von Ihnen vorgelegt worden ist? (Der Vorschlag des Grafen v. Arnim wird dem Marshall übergeben.)

Graf v. Arnim: Ich wollte mir erlauben, zu bemerken, das der Vorschlag ein Ganzes ist; er erklärt den Beitritt zum Votum der Drei-Stände-Kurie und schließt die Bitte um Interpretation daran, daher ich bitte, ihn vorzulesen.

Referent Graf zu Stolberg (verliest diesen Vorschlag, welcher lautet): „Beschließt die Herren-Kurie, der Bitte der Kurie der drei Stände beizutreten und zugleich von Sr. Majestät die Interpretation des §. 11 der Verordnung vom 3. Februar c. dahin zu erbitten, ob dieser Gegenstand unter die im §. 14 des Gesetzes gedachten, zum Ressort der Vereinigten Kurien gehörigen zu rechnen oder in den beiden Kurien getrennt zu behandeln sei?“

Marshall: Es werden diejenigen, die diese Frage bejahen, die also dem Antrage beitreten, dies durch das Zeichen des Aufstehens zu erkennen geben. Er ist mit der erforderlichen Majorität von zwei Drittel angenommen worden. Wir kommen nun zur Berichterstattung über die königliche Proposition, die Feststellung der Verhältnisse der Juden betreffend. Ich bitte den Referenten, Graf Ikenpliz, den Bericht zu erstatten.

Referent Graf Ikenpliz: Wenn die hohe Versammlung es so genehmigen möchte, so glaube ich, würde die Berathung einfach den Gang nehmen können, daß ich immer erst den Text des Gesetzes-Entwurfes, zunächst den Eingang des Gesetzes-Entwurfes, also den Theil, der vor dem Abschnitte 1. steht, vorlese und darauf dann das Gutachten der Abtheilung über diesen Abschnitt folgen lasse. Das Gutachten der Abtheilung über den Eingang wird dann diejenige Information über die allgemeine Lage der Sache enthalten, welche die Abtheilung für Pflicht gehalten, der hohen Kurie zu vergegenwärtigen, und wird schließlich auf Beantwortung der Frage führen: „Ob überhaupt der Erlass eines solchen Gesetzes Bedürfnis oder Nothwendigkeit sei.“ (Liest):

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c.“

Nachdem wir zur Herstellung einer allgemeinen und gleichmäßigen Gesetzgebung über die Verhältnisse der Juden die bestehenden Vorschriften sowohl über die jüdischen Kultus und Unterrichts-Angelegenheiten, als auch hinsichtlich des bürgerlichen und Rechtszustandes, insbesondere die für das Großherzogthum Posen ergangene Verordnung vom 1. Juni 1833, einer Revision haben unterwerfen lassen und im Betracht, daß die eigenthümlichen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen eine gänzliche Aufhebung der dort gesetzlich bestehenden Verfassung des Judenwesens zur Zeit noch nicht gestatten, verordnen Wir auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und nach Anhörung Unserer getreuen Stände des Vereinigten Landtages, wie folgt:

A b s c h n i t t 1.

Ueber die Verhältnisse der Juden in allen Landestheilen Unserer Monarchie, mit Ausschluß des Großherzogthums Posen.

Es wird nun das Gutachten der Abtheilung zur Allerhöchsten Proposition folgen. (Liest:) In Folge Allerhöchster königlicher Proposition ist die Herren-Kurie aufgefördert worden, einen von den Räten der Krone vorgelegten Gesetz-Entwurf über die Verhältnisse der Juden zu begutachten und hat die unterzeichnete Abtheilung mit der Vorberathung beauftragt. Diese ist bemüht gewesen, den Gesetz-Entwurf unter Beachtung der in der Denkschrift mitgetheilten Motive und nach Einsicht des in zwei Hefen vollständig mitgetheilten Materials unter Zuziehung königlicher Räte vollständig zu prüfen und beehrt sich, ihre Ansicht in dem hier nachfolgenden Gutachten vorzutragen. Die erste Frage, welche sich die Abtheilung vorlegen mußte, war: ob überhaupt ein Bedürfnis zum Erlass eines Gesetzes über die Verhältnisse der Juden in preussischen Staaten vorhanden sei? Die Abtheilung hat dies Bedürfnis einstimmig anerkannt und trägt darauf an, daß die hohe Kurie ein Gleiches thun möge. Wenn hierin zugleich die anerkennende Aeußerung der Abtheilung über den Eingang des vorgelegten Gesetz-Entwurfes enthalten ist, so war dieselbe ebenmäßig der Ansicht, daß die nicht naturalisirten Juden im Großherzogthum Posen für jetzt ihren übrigen Glaubensgenossen noch nicht gleichzustellen sein werden. Diesen letzten Punkt wegen der nicht naturalisirten Juden in Posen habe ich mir erlaubt, deshalb nur vorläufig hier zu berühren, weil der Eingang des Gesetzes, welchen vorzulesen ich die Ehre hatte, selbst sagt, daß für Posen noch einige besondere Bestimmungen nothwendig sein würden und dadurch gleich eine Trennung des Gesetzes in zwei Abschnitte gegeben wird, wovon der erste die Juden im Allgemeinen behandelt und der zweite diejenigen Bestimmungen enthält, welche vorläufig noch für die Juden in Posen besonders nothwendig sind.

Staats-Minister Dr. Eichhorn: Ehe eine hohe Versammlung zur Prüfung der einzelnen Paragraphen des Gesetzes übergeht, möge es mir erlaubt sein, mich über die Idee des Gesetzes, seinen Zweck, sein Verhältniß zur bestehenden Gesetzgebung zu äußern. Ich wünsche eine hohe Versammlung in die Mitte der Betrachtungen hineinzuführen, in welcher die königliche Regierung ihren Standpunkt genommen hat, als sie diesen Entwurf ausarbeiten ließ. Ich glaube, wenn diese Darstellung in einer kurzen konzentrierten Zusammenfassung geschieht, daß dadurch einer hohen Versammlung das Geschäft der Beurtheilung des Gesetzes sehr wird erleichtert werden. Die preussische Regierung hat schon seit einer langen Reihe von Jahren eine ganz besondere Aufmerksamkeit der bürgerlichen Verbesserung der Juden gewidmet. Die umfassendste Anordnung für diesen Zweck erfolgte durch das Edikt vom Jahre 1812. Das Edikt erklärte die Fremdlinge zu Inländern, die aus dem Staatsverbande ausgeschlossen zu Staatsbürgern. Bald nachher traten die großen Ereignisse ein, die einen völligen Umschwung in unseren vaterländischen Angelegenheiten hervorbrachten. In den Jahren 1814 und 1815 vereinigten sich die getrennt gewesenen Glieder des deutschen Gesamt Vaterlandes wieder zu einer politischen Gemeinschaft in dem von ihnen geschlossenen Bunde. Bei dieser Gelegenheit vereinigten sie sich zugleich über mehrere große Fragen, die den inneren Zustand und die Verhältnisse Deutschlands berührten, gemeinsam in Berathung zu treten; unter diese Fragen wurde nun von ihnen auch die Judenfrage gestellt. Die nächste Folge dieser Verabredung war, daß die einzelnen deutschen Staaten der Thätigkeit und Entwicklung ihrer besonderen Gesetzgebung Anstand gaben. Der Artikel 16 der Bundes-Akte, welcher diese Verabredung ausdrückt, setzt fest, es solle vor der Hand an den Rechten der Juden, die von den Bundesstaaten ihnen bereits zugestanden seien, nichts geändert werden. Die einzelnen Staaten haben indessen seit längerer Zeit ihre sistirt gewesene besondere Gesetzgebung in dieser Angelegenheit wieder aufgenommen. Von Preußen geschah dies schon im Laufe der 20er Jahre. Die preussische Regierung that dies, indem sie zunächst die Ansichten der von ihr neu gegründeten Provinzialstände darüber einholte. Die ersten ständischen Gutachten fielen höchst ungünstig für die Juden aus, ja so ungünstig, daß, wenn die Regierung sich hätte darauf einlassen wollen, die Bestimmungen des Edikts vom Jahre 1812 dem Wesen nach wieder hätten zurückgenommen werden müssen. Die Regierung wollte sich jedoch nicht dazu verstehen, einen Schritt rückwärts zu thun. Man hielt fest an dem Grundsatz, der Zustand der Juden müsse verbessert werden. Während der Vorbereitung wurden ohne Anregung der Regierung neue Stimmen der Provinzialstände laut, die viel günstiger, wie früher, für die Juden waren. Als diese günstigen Stimmen sich hatten vernehmen lassen und in der Zwischenzeit alle Materialien von der Regierung gesammelt worden waren, um mit einem entscheidenden Schritte vorwärts zu gehen, glaubte sie nun auch nicht länger damit zögern zu dürfen. Was sie zu thun für angemessen hielt, hat sie nun zusammengefaßt in dem Gesetz-Entwurf, der an den Vereinigten Landtag gelangt ist. Dies ist das allgemein Geschichtliche über den Gang der Gesetzgebung wegen der Juden. Ich wende mich nun zur Idee des vorgeschlagenen Gesetzes selbst, zu seinem Zwecke und seinem Verhältniß zur bestehenden Gesetzgebung. Der Zweck des Gesetzes ist einmal darauf gerichtet, die Bestimmungen des Edikts von 1812 auszudehnen auf diejenigen Provinzen, die nach dem Jahre 1812 mit der Monarchie wieder oder neu vereinigt worden sind, insofern dort der Zustand der Juden ungünstiger angefallen ward, als das Edikt ihn bestimmt. Neben dieser Ausdehnung ist ein anderer Zweck, die früheren Rechte, welche die Juden gegenwärtig nach dem Edikt von 1812 und den nach diesem später ergangenen Verordnungen besitzen, durch neue zu erweitern, endlich auch die Kultusverhältnisse und das Unterrichtswesen der Juden zu ordnen, was das Gesetz vom Jahre 1812 sich vorbehalten hatte. Es ist also die Tendenz des Gesetzes in Beziehung auf die Verbesserung des Zustandes der Juden überall ein Fortschreiten. Hier und da scheint die Ansicht vorzuwalten, als seien durch das neue Gesetz bestehende Rechte der Juden, insbesondere auch solche, die sich aus dem Edikt vom Jahre 1812 herleiten ließen, beschränkt worden. Eine solche Beschränkung liegt durchaus nicht in der Intention des Gouvernements, sie hat auch nicht stattgefunden. Es kommt nur auf die richtige Auffassung der Verhältnisse an.

Was die neuen Bestimmungen des Gesetz-Entwurfs in Beziehung auf Kultusverhältnisse und Unterrichtswesen anlangt, so bemerke ich darüber Folgendes: Der Staat will sich auf keine Weise einmischen, er will den Juden die höchste Freiheit lassen, ihre Kultus-Verhältnisse selbst zu ordnen, er will ihnen dabei nur zu Hülfe kommen. Während sie bisher in Beziehung auf Kultusverhältnisse bloße Privat-Gesellschaften bildeten, sollen sie künftig Korporationen einrichten können. In anderen deutschen Staaten glaubte man, nach dem Vorgange Frankreichs unter Napoleon, den Juden dadurch eine große Wohlthat zu erzeigen, daß man ihr Kultuswesen in einer gewissen hierarchischen Weise organisirte, daß man Synagogenbehörden oder, wie man sie auch nennt, Konsistorien errichtete, oder daß man Landrabbinder bestellte und ihnen besondere Rechte, Attribute in Beziehung auf Kultusverhältnisse beilegte. Auf dieses System wollte die königl. Regierung nicht eingehen, sie fand darin eine zu große Einmischung von Seiten des Staats in die religiöse Gemeinschaft der Juden. Sie glaubte um so weniger, sich dazu entschließen zu dürfen, als gerade in der jetzigen Zeit eine große religiöse Bewegung unter den Juden sich kundgibt. Dies schließt jedoch nicht aus, wenn Synagogen-Vereine gebildet sind, wenn sie einen korporativen Bestand gewonnen haben und die Juden sonstige Wünsche wegen anderweiter Organisation ihrer Kultus-Verhältnisse an die Regierung bringen, daß man mit Rücksicht auf diese Wünsche ihre weiteren Einrichtungen oder Anordnungen zuläßt, jedoch darf diese Zulassung nicht zu einer positiven Einmischung übergehen. Nur in Beziehung auf eine Frage glaubte die Regierung auf die Bildung eines Organs hinwirken zu müssen. Es treten nämlich unter den Juden mancherlei religiöse Bewegungen und Spaltungen hervor. Wollen sich bisher zu einem Gottesdienst vereinte Juden trennen, so entstehen hierbei Fragen, welche nothwendig auch äußere Verhältnisse berühren, und die daher auch nur unter Mitwirkung des Staats geordnet werden können. Bloss in Beziehung darauf glaubte die königl. Regierung die Bildung eines Organs hervorrufen zu müssen, was wesentlich auch nur aus der freien Wahl der Synagogen-Gemeinde hervorgehen soll. Dies Organ soll nicht herrschen, sondern begutachten; die Gutachten sollen von der Gemeinde nur freiwillig beachtet werden,

dem Staate aber sollen sie eventuell zum Anhalte dienen, um in Beziehung auf äußere Verhältnisse das zu thun, was dem Rechte gemäß ist. In Abticht des Unterrichtswesens ist die Grund-Idee des Gesetzes folgende: Die Juden sollen wie andere geduldete religiöse Gemeinschaften, wenn sie es zweckmäßig finden, auch besondere Schulen bilden können, vorausgesetzt freilich, daß die Schulen das in der That leisten, was nach den Staatsgesetzen überhaupt von Schulen gefordert wird; die Juden sollen jedoch zur Anlegung solcher besonderen Schulen auf keine Weise gedrängt werden, es soll ihnen nur in Abticht des Schulwesens dieselbe Freiheit gegeben werden, welche nach den bestehenden Gesetzen für die christlichen Religions-Gesellschaften verschiedenem Bekenntnisses zulässig ist. Dabei sollen die Juden nach wie vor freien Zutritt haben zu allen christlichen Bildungs-Anstalten ohne Unterschied von der Elementar-Schule bis zur höchsten Unterrichts-Anstalt; freilich in Beziehung auf die Frage, ob bei öffentlichen Anstalten, welche bisher einen christlichen Charakter gehabt haben, auch jüdische Lehrer anzustellen seien, in Beziehung hierauf ist eine Ausnahme gemacht. So viel über die Idee, den Zweck des Gesetzes und sein Verhältniß zu der bestehenden Gesetzgebung im Allgemeinen. Ich glaube noch zwei Hauptpunkte besonders berühren zu müssen, welche tief in die ganze Dekonomie des Gesetzes eingreifen und prinzipiell mehr oder minder die abweichenden Bemerkungen veranlaßt haben, welche von Seiten der Abth. gegen das Gesetz gemacht worden sind. Der eine Punkt betrifft die jüdische Corporation oder die Judenthümlichkeit. Es ist das Gesetz so aufgestellt worden, als sei es Tendenz desselben, eigene politische Gemeinden der Juden zu bilden, und dies hat man nicht zweckmäßig gefunden, so wenig im Interesse der Judenthümlichkeit selbst, als im Interesse der öffentlichen Ordnung. Ich will mich über die Idee, welche die königl. Regierung bei der Emanation des Gesetzentwurfs hat, näher auslassen. Es sollen keine neuen Corporationen erst geschaffen werden, sondern das Gesetz nimmt gegebene, wirklich sich vorfindende Zustände auf. In großen Städten, z. B. hier in Berlin, haben wir eine Gemeinschaft von Juden, die sich selbst Judenthümlichkeit nennt, deren Vorstand in seinen Eingaben an die Ministerien des Innern und der geistlichen Angelegenheiten sich so unterzeichnet: „Vorstand und Älteste der Judenthümlichkeit in Berlin.“ Der zweite Punkt, den ich noch besonders berühren möchte, ist der: Man wird wohl die Frage aufwerfen, warum, nachdem man durch das vorgeschlagene Gesetz die Bestimmungen des Edikts von 1812 habe erweitern wollen und auch wirklich erweitert habe, man nicht noch weiter gegangen sei, warum man nicht völlige Gleichheit, namentlich auch hinsichtlich der politischen Rechte, zugelassen habe? Auch über diesen Punkt hat die königliche Regierung eine sorgfältige Prüfung angestellt und Stimmen aller Art vernommen. Sie hat zuerst die Wünsche und Anträge der Juden selbst gehört, sie hat die Behörden der ganzen Monarchie zur Begutachtung aufgefordert, sie hat die Anträge der Stände vernommen, sie hat endlich auch die Presse in Bezug auf das Für und Gegen nicht unbeachtet gelassen. Sehr beachtungswerthe Stimmen in allen diesen Gebieten, welche ich eben berührt habe, sprachen sich für die vollständige Gleichstellung aus, während andere eben so beachtungswerthe Stimmen auf das entschiedenste sich dagegen erklärten. Die Einen, die eine vollkommene Gleichstellung fordern, sprechen sich also aus: Habt ihr nicht den Juden alle Pflichten auferlegt? Folgt nicht daraus, daß sie auch alle Rechte haben müssen? Was ist der Staat anders als ein Rechts-Staat, eine große Gemeinschaft von Rechten und Pflichten; wo irgend ein Glied ist, dem alle Pflichten angemuthet werden, dem darf man auch keine Rechte verweigern. Es versteht sich freilich, daß zu jedem Rechte eine gewisse Fähigkeit, theils eine individuelle, theils eine soziale gehört, das wollen wir nicht bestreiten. Aber wir meinen besonders, wenn wir hier von der Gleichheit der Rechte sprechen, daß die nationale Abstammung und der religiöse Glaube nie einen Unterschied machen, daß sie kein Moment für die Ungleichheit der Rechte abgeben sollen. Sind ferner die Juden nicht auch würdig der Gleichstellung mit den Christen? Seht an, welche Intelligenz die Juden beweisen! Alle Zweige der Wissenschaft werden mit dem größten Erfolge von ihnen kultivirt, es giebt fast kein Gebiet der Kunst, wo sie nicht Meisterwerke liefern. Ferner ihre Sittlichkeit, da werdet ihr doch nicht die Listen vorhalten, die ihr habt aufnehmen lassen. Wir kennen eine Masse edler Menschen, die Juden sind. Freilich müssen wir zugeben, daß auch in Beziehung auf Sittlichkeit unter einem anderen Theil hin und wieder noch große Unvollkommenheit sich findet, daran seid aber ihr schuld. Warum habt ihr den Druck so lange geduldet? Hebt den Druck auf, so wird sich auch hier das Bessere bald finden. Also Gleichheit der Rechte und der Pflichten ohne Rücksicht auf Abstammung und Konfession. Sollte auch endlich ein Unterschied da sein, so riskirt ihr durch die Gleichstellung gar nichts. Es kommt kein Jude in die Stände-Versammlung, er sei denn gewählt; er gelangt nicht zu einem Staats-Amte, er sei denn von dem Staate selbst berufen. Gefallen Euch die Leute nicht, so stellt sie zurück, das habt ihr Alles in Eurer Hand, es ist also keine Gefahr vorhanden. So sprechen die Einen zu der Regierung. Nun erlaube ich mir die Reden der Anderen anzuführen, welche dagegen sind. Die sagen: Ihr spricht von einem Rechtsstaat. Auf dieses Gebiet wollen wir uns nicht einlassen, das ist ein Staat, aus Begriffen erbaut, und wir hüten uns, die logischen Konsequenzen eines nur auf Begriffen gebauten Staates auf das Leben anzuwenden. Unser Staat ist unzertrennlich von einem wirklichen Volke, wir kennen kein Staatsleben, als in der innigsten Gemeinschaft mit dem Volksleben. Wer nicht fähig ist, völlig in die Volksgemeinschaft aufgenommen zu werden, kann auch nicht vollkommen in die Staatsgemeinschaft aufgenommen werden, um alle Rechte genießen zu können. Wenn es die Nationalität allein wäre, die die Schranke setze, so ginge es bald, denn es giebt in dem preussischen Staate neben einander mehrere Nationalitäten; die Schranken aber, welche die Nationalität in Beziehung auf das politische Leben aufstellt, sind ausgeglichen und aufgehoben durch die Gemeinschaft in dem Christenthume. Wo das christliche Prinzip waltet, da werden die Schranken aufgehoben, welche die Nationalität bildet, da baut die Religions-Gemeinschaft Wege und Brücken zu einer Volks-Gemeinschaft. Bei den Juden ist es aber nicht die Abstammung allein, die sie von uns trennt, denn wir nehmen die Juden, so wie sie Christen werden, gleich in die Volksgemeinschaft auf, dann erhalten sie zu gleicher Zeit an allen bürgerlichen und politischen Rechten ohne Unterschied Antheil. Es ist also nicht die Nationalität für sich, eben so wenig auch der Glaube für sich, die bestimmte Art des

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

(Fortsetzung aus der ersten Beilage.)

Gottbewußtseins bei den Juden, welche die Schranke zwischen ihnen und uns setzt. Wir sind weit entfernt, ihnen nachzutragen, was fanatische, ungebildete Menschen, die sich vielleicht auch Christen nennen, aussprechen: „Mit Juden haben wir keine Gemeinschaft, sie haben Christus gekreuzigt.“ Denn uns ist gegenwärtig das Wort, was auch vom Kreuze gesprochen wurde: „Vater, vergieb ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun.“ Also das Dogma an und für sich ist nicht das, was uns von der völligen politischen Gemeinschaft mit den Juden abhält; wir wissen ja, wir haben heilige Bücher mit den Juden gemeinschaftlich, auch wir schöpfen fromme Begeisterung aus ihren Palmen und Propheten. Wir wollen selbst nicht in Abrede stellen, daß viele Juden in Beziehung auf Gottbewußtsein eine tiefere, lebendigere Auffassung haben als viele Christen, die wir kennen, in denen das Gottbewußtsein sehr abgeschwächt ist. Das erkennen wir Alle an; aber dennoch können wir uns Eurer Meinung nicht anschließen, weil bei den Juden Abstammung und religiöse Auffassung mit dem sich daran anschließenden, die Lebensweise der Juden im Ganzen regelnden Ritualgesetze sich gegenseitig durchdringen und in diesem Durchdringen ein so isolirendes Moment bildet, daß, so lange diese Trennung stattfindet, eine Volksgemeinschaft bei dem besten Willen, den wir haben, nicht ausführbar ist. Wir wollen — sprechen weiter die, welche zu der zweiten Partei gehören — den Juden die vollständige Freiheit geben, ihre Angelegenheiten unter sich zu ordnen, sie sollen bei uns durchaus frei leben, sie sollen alle Institute, die wir für uns eingerichtet haben, zu ihrer Bildung benutzen, wir wollen sie zulassen zu Allem, was christliche Civilisation bei uns hervorgebracht hat, an allen Wohlthaten unserer christlichen Civilisation sollen sie theilnehmen; wo es aber gilt, von Staatswegen über Christen zu regieren, oder wo eine christliche Jugend jüdischen Lehrern anzuvertrauen, wenn es sich nicht um bloßen Unterricht handelt, sondern um die ganze geistige Bildung, so weit können wir auf eine Gemeinschaft nicht eingehen. Daß wir übrigens weit entfernt sind, in Beziehung auf die Theilnahme an unseren wissenschaftlichen Instituten die Juden zurückzusetzen, wird dadurch bewiesen, daß jetzt schon Juden in die höchste wissenschaftliche Anstalt, in die Akademie, zugelassen werden, darum, weil hier es sich lediglich um die Bildung und Förderung der Wissenschaft selbst handelt, nicht um geistige Erziehung und Bildung unserer Jugend. Das waren die verschiedenen Sprachen, die der königlichen Regierung gegenüber geführt wurden. Wie sollte sie dieser Verschiedenheit gegenüber sich entschließen? Sollte sie das Bestehende bis zu dem Maße ändern, die Schranken bis zu der Gränze aufheben, daß die Momente, welche die zweite Partei geltend gemacht hatte, gänzlich unberücksichtigt blieben? Oder war es nicht notwendig, hier des Weitergehens über die Vorschläge des Gesetz-Entwurfes hinaus sich zu enthalten? Wie ich schon vorhin erwähnt habe, sind noch nicht 20 Jahre abgelaufen, wo Provinzial-Stände verlangt haben, den Juden solle zum Theil genommen werden, was das Edikt vom Jahre 1812 ihnen verliehen. Wer weiß, wenn die Regierung den Juden gegenwärtig völlige Gleichheit der Rechte zugesprochen wollte, ob nicht nach 20 Jahren ganz andere Stimmen sich wieder erheben würden. Ich erinnere an den Vorgang in Frankreich. Dort war ihnen völlige Rechtsgleichheit gegeben, und Napoleon hat sich gedrungen gefühlt, sein für die Juden so schmachvolles Decret zu erlassen. Das sind die Bemerkungen, die ich mir erlauben wollte, der beginnenden Berathung voranzuführen.

Fürst zu Lynar: Ich werde das Gesetz aus dem Standpunkte des Rechtes und aus dem der Nützlichkeit mit wenig Worten besprechen. In Absicht auf das Recht, so ist der hohen Versammlung bekannt, daß viele verschiedene Juden-Gesetzgebungen noch heute in unserem Staate Geltung haben, hauptsächlich die aus dem Edikte vom 11. März 1812, welches in allen Landtheilen, die damals dem preussischen Scepter unterworfen waren, Anwendung findet. Große Rechte wurden den Juden dadurch eingeräumt, noch andere in Aussicht gestellt, und die Juden durften dieser erworbenen Rechte um so sicherer sein, als der 16te Artikel der deutschen Bundes-Acte solche ausdrücklich garantierte. Dessenungeachtet sind durch spätere Verordnungen Schmälerungen jener Rechte beliebt worden, und ich glaube, daß hierdurch eine Rechtsverletzung für die Juden begründet ist. Von mehreren der letzten Provinzial-Landtage ist diese Rechtsverletzung anerkannt worden, und mit Rücksicht darauf, daß seit 1812 so viele Jahre auch für die Juden nicht nutzlos vergangen, und daß auch sie im Allgemeinen in der Intelligenz, in der Sittlichkeit und in der Befähigung zur Theilnahme an dem politischen Leben fortgeschritten wären, die ehrfurchtsvolle Bitte an den Thron gebracht worden: eine neue Juden-Gesetzgebung im Sinne des Fortschritts Aller-gnädigst vorbereiten zu lassen. — Mit Sehnsucht sehen die Juden diesem Gesetze entgegen, in dem Bewußtsein, daß sie sich durch treue Pflichterfüllung gegen den Staat eines verbesserten Zustandes nicht unwürth gezeigt hätten, daß auch für sie der Zeiger der Zeit auf der erleuchteten Ziffer des 19ten Jahrhunderts stehen müsse.

Endlich erscheint der ersuchte Gesetz-Entwurf und liegt uns hier zur Begutachtung vor. Mit der innigsten Freude begrüße ich den leitenden Grundsatz desselben, nämlich den: daß gleiche Pflichten auch gleiche Rechte bedingen sollen. Aber leider bemerkte ich bei Durchlesung der folgenden Paragraphen, daß das an die Spitze gestellte Prinzip keine durchgreifende Anwendung gefunden habe. Die mosaischen Glaubensgenossen sollen dadurch nur wenig neue Rechte und gar keine politischen Rechte erwerben; dagegen beabsichtigt das Gesetz, sie wieder in ein polisches Corporationswesen hineinzuzwängen, welches ein moralisches Ghetto für sie werden würde. Wenn nun Sr. Excellenz der Herr Kultus-Minister auch die Ansicht äußert, daß diese Corporationen den Wünschen der Juden entsprechend seien, so kann ich seine Ansicht nicht theilen, den viele der geistvollsten und ausgezeichnetsten mosaischen Glaubensgenossen dieser Stadt haben ihre Abneigung gegen diese Einrichtung, insofern sie politischer Natur sein soll, gegen mich ausgesprochen. Auch ich kann mich mit diesem Corporations-Plan durchaus nicht einverstanden erklären. Es würde wieder ein mittelalterliches Institut bilden, welches in den immer großartiger werdenden Bau unserer Staatseinrichtungen nicht passen dürfte; es würde eine neue Scheidewand ziehen zwischen den Staatsbürgern, während wir doch bemüht sind, immer mehr und mehr alle Hindernisse hinweg zu räumen, um zu einer Einheit des Staatslebens und des Staats zu gelangen, durch welche die politische Macht und Größe desselben

bedingt wird. Aus diesem Grunde halte ich es auch für sehr bedenklich, die Juden in ihrer gegenwärtigen exceptionellen und isolirten Stellung zu belassen; denn so lange sie nur ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen können, nicht aber auch ihre geistigen, welche dem gebildeten Menschen so wichtig sind, so lange sie nicht an unserem politischen Staatsleben Antheil haben, werden sie dem Staate nur zur Hälfte angehören, und mit ihrem geistigen Wesen zu einer Isolirung gezwungen sein, die dem Staate gefährlich werden kann; denn alle Kräfte, deren gesetzlicher Gebrauch nicht gestattet wird, können zu Mißbrauch führen. Um so bedenklicher erscheint aber diese isolirte Stellung der Juden, als man wenigstens zugeben wird, daß dieser Volkstamm sich durch seltene Intelligenz, durch Beharrlichkeit, durch einen passiven Muth, den nichts ermüdet, so glänzend auszeichnet, und wenn man ferner berichtet, daß die Juden in dem Besitze von großen materiellen Mitteln sind, so erscheint es als ein Akt von Staatsklugheit, sie vollkommen mit dem Staate zu identifiziren und sie, die so bereitwillig mit allen ihren Kräften dem Staate angehören wollen, nicht länger mit einem Mißtrauen zurückzuweisen, welches aus einer so langen Erfahrung als ganz ungerechtfertigt erscheint und sie endlich gegen den Staat erbittern kann. Die Juden, welche gegenwärtig eine Art von Staat im Staate bilden, müssen als ein für sich bestehendes Element beseitigt werden. Tausendjähriger Haß, tausendjährige Verfolgung haben sie nicht auslöschen können aus der Reihe der Völker. Wohlan, meine Herren! so lassen Sie uns einen anderen Weg einschlagen, versuchen wir, sie durch Liebe und Veröhnung zu den Unserigen zu machen, indem wir den schönen Grundsatz des Gesetzes durchgreifend in Anwendung bringen: gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Ich will noch auf einen Einwand eingehen, den man gegen die Emancipation der Juden zu machen gewohnt ist, es ist der: daß in einem christlichen Staate die Juden unmöglich politische Rechte ausüben könnten. Die christliche Staats-Idee ist mithin die Veröhnung jedes Einzelnen mit der Gesellschaft. Diese allgemeine Veröhnung muß in einem christlichen Staate aber auch denen zugute kommen, bei denen die christliche Liebe noch nicht den ganzen Inhalt ihrer Religion bildet, damit sie immer mehr und mehr hinüber gezogen werden zur Annahme unsers christlichen Staats-Prinzips, das auch unter uns immer mehr und mehr eine wahrhafte Geltung finden möge. Von diesen Ansichten geleitet, halte ich den vorliegenden Gesetz-Entwurf für nicht geeignet, dem Bedürfnisse zu genügen, und ich wage daher den Antrag: die hohe Kurie wolle diesen Entwurf ehrfurchtsvoll ablehnen und dagegen Sr. Majestät unseren Allergnädigsten König und Herrn eben so ehrfurchtsvoll bitten, einen anderen Gesetz-Entwurf vorbereiten zu lassen, in welchem die Emancipation der Juden ausgesprochen oder doch vorbereitet werden möge.

Marshall: Dies würde involviren, daß die Berathung nicht weiter fortzusetzen sei, und ich frage also, ob dieser Vorschlag die gesetzliche Unterstüßung von 6 Mitgliedern findet? (Wird nicht ausreichend unterstützt.) Er hat sie nicht gefunden.

Graf York: Ich habe aus dem ausführlichen Vortrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers mit Freuden entnommen, daß die Regierung gewillt ist, die Zustände der Juden zu verbessern. Ich muß gestehen, daß mir bei Durchlesung der Denkschrift mancherlei Bedenken im entgegengelegten Sinne aufgestoßen sind. Ich freue mich um so mehr, daß ich hier das Gegentheil erfahren habe. Ich muß zunächst es aussprechen, daß ich der Majorität angehört habe, die mehrere Bestimmungen, welche den Zuständen der Juden nicht entsprechend schienen, erweitert und verbessert wünschte, ich habe aber auch ferner der Minorität angehört, welcher dieses noch nicht genug war, die noch größere Freiheit für die Juden wünschte. Ich weiß nicht, ob ich hierin vielleicht der Einzige in der Versammlung gewesen bin; doch glaube ich nicht, denn so viel ich aus Gesprächen entnommen habe, ist ein durchlauchtigstes Mitglied der Abtheilung, welches leider heute nicht gegenwärtig ist, meiner Ansicht gewesen. Ich für meinen Theil bin noch der Ueberzeugung, daß den Juden alle politischen und bürgerlichen Rechte gegeben werden müssen.

Graf v. Dyhrn: Wenn ich mich vorhin erhoben habe, um den Antrag des fürstlichen Mitgliedes aus der Lausitz zu unterstützen, so habe ich dies nicht in dem Sinne gethan, wie die Frage von Ew. Durchlaucht gestellt wurde, nämlich die Diskussion über die vorliegende Angelegenheit abzuschneiden, sondern vielmehr in dem Sinne, in welchem mir der fürstliche Antragsteller das Amendement zu stellen schien, nämlich in dem, daß in dem Gesetze zu wenig Rechte und Freiheiten gegeben wären, ehe es als ein auch nur kleiner Fortschritt anerkannt werden könnte. In diesem Sinne habe ich den Antrag des fürstlichen Mitgliedes unterstützt. Es folgt daraus, daß ich die eben ausgesprochene Ansicht meines Freundes aus Schlessen ganz theile, auch ich dafür stimme, den Juden volle politische und bürgerliche Rechte zu geben. Die Seite des Rechts ist von meinem Freunde auf eine Weise hervorgehoben worden, daß, wenn ich noch weiter darüber sprechen wollte, ich mich nur Wiederholungen schuldig machen würde. Ich muß mich aber gegen einen Ausdruck, der von Sr. Excellenz dem Herrn Minister gebraucht wurde, verwahren. Es wird sich vielleicht im Lauf der Debatte über das Gesetz noch eine Stelle finden, wo ich näher auf dieses Thema eingehen kann; für jetzt begnüge ich mich mit einer Verwahrung. Der Herr Minister hat gesagt, daß der Rechtsstaat ein leerer Begriff sei. Der Rechtsstaat ist aber der konkreteste Begriff, er ist der geschichtliche Staat, der in ihr zu seinem wahren Rechte kommt. Er ist für mich eine konkrete Wahrheit, er besteht wahrhaftig und lebendig in der Weltgeschichte und kann kein Staat sein, wenn er nicht diese konkrete Wahrheit in sich hat. Dies hier nur in Parenthese. Da nun mein Freund diese Rechtsseite schon hervorgehoben hat, so erlauben Sie, daß ich einen andern Grund anführe, weshalb ich für die volle Gewährung aller politischen und bürgerlichen Rechte an die Juden stimme. Ich stimme als Christ dafür, und wenn der fürstliche Reder, auf den ich schon hingedeutet habe, die Liebe als seinen Beweggrund darstellt, so kann ich mich dem allerdings nur anschließen, und für mich ist die That der Liebe des Christenthums eben die Erlösung. Ich will, daß die Christen von Lasten und die Juden von Lasten erlöst werden, und glaube dabei ganz innerhalb des christlichen Standpunktes zu stehen.

Graf Sierstorff: Die Juden sind uns eine unangenehme Körperschaft geworden. Wir wollen ihrer los sein. Wir haben dazu kein anderes Mittel, als die Emancipation. Es ist nicht allein billig, sondern auch recht,

sie als Staatsbürger im vollen Sinne des Wortes anzuerkennen. Aber hier treten andere Umstände ein. Sie wollen zwar unsere Rechte mit uns theilen, aber ihre Intoleranz in Betreff ihrer Sitten gegen uns bewahren. Dadurch würden sie ein Vaterland bei uns finden und eine andere Heimath in der Abgeschlossenheit ihrer Sitten und Gebräuche. Dies wären ungleiche Verträge. Ich bin daher der Ansicht, daß der Staat jeden Augenblick bereit sein möge, sie zu emanzipiren, sobald sie erklären, daß sie diese Intoleranz aufgeben, und namentlich, wenn sie den Sabbath auf den Sonntag verlegen, weil er bisher die staatliche und geschäftliche Ordnung störte. Dann aber eine freie, eine volle Emancipation! Ich muß mich nach allen dem gegen die Tendenz der königlichen Proposition erklären.

Fürst Radziwiłł: Ich habe den Antrag, den ich jetzt machen will, zurückbehalten, so lange unentschieden war, ob die hohe Versammlung sich darüber entscheiden würde, daß das Gesetz gar nicht in Betracht zu ziehen sei, sondern daß ein neues vorgelegt werden soll. Da über diesen Punkt kein Zweifel obwaltet, sondern entschieden ist, daß das Gesetz mit seinen einzelnen Paragraphen zur Diskussion kommen wird, so wollte ich mir vorzuschlagen erlauben, jetzt auf diese Paragraphen einzugehen. Ich enthalte mich der allgemeinen Bemerkungen über das Gesetz, weil bei den einzelnen Paragraphen sich vollkommene Gelegenheiten finden wird, meine Ansichten geltend zu machen und mich zugleich über das Praktische der einzelnen Paragraphen auszusprechen. Nur eins! Ich kann nicht zugeben, daß die tiefbedeutende Thatsache, die 1800jährige Zerstreuung der Juden von dem Gesichtspunkte einer philosophischen Speculation aus betrachtet werden könne. Es ist ein Gottesgericht, welches dieses Volk vor 19 Jahrhunderten an den Stufen des Lithostrotos auf sich und seine Kinder herabgerufen hat. Ich will nicht sagen, daß dieses Gottesgericht den Christen das Recht gebe zur Verfolgung, zur Lieblosigkeit, zur ungerechten Behandlung; im Gegentheil, ich erkenne vollkommen an, daß die christliche Lehre Liebe, Gerechtigkeit, Milde gegen unsere Feinde vorschreibe, und um so viel mehr gegen Leute, die wir nicht als unsere Feinde betrachten können, im gemeinschaftlichen Staatsverbande mit uns lebend, zu unseren Nächsten gehören. Wir dürfen indessen diese Gerechtigkeit, diese Billigkeit nicht mit der völligen Emancipation verwechseln. Zur völligen Emancipation sind die Thüren alle Tage geöffnet. Mögen sie sich bekehren, zum christlichen Glauben übertreten, so sind sie unsere Brüder in Allem und nehmen Theil sowohl an den bürgerlichen als an den politischen Rechten. Von diesem Gesichtspunkte bin ich bei Beurtheilung des vorliegenden Gesetzes ausgegangen, auch da, wo ich mich in der Minorität befunden habe. Die Gründe, die ich bei den einzelnen Paragraphen des Gesetzes werde auszusprechen haben, werden sich bei diesen Paragraphen am zweckmäßigsten aussprechen lassen. Ich wiederhole also meinen Antrag, auf die Diskussion der Gesetzes-Paragraphen übergehen zu wollen, da bei dieser Diskussion den verschiedenen Ansichten die Gelegenheit sich darbietet wird, näher und praktischer auf das vorliegende Gesetz eingehen zu können.

Marschall: Wir haben einen Antrag auf Schluß der Berathung über die Bedürfnisfrage vernommen. Ich habe geglaubt, dem nicht entgegen sein zu dürfen, daß die Berathung über die Bedürfnisfrage den Fortgang nehme, den sie in der That genommen hat. Ich würde mich aber auch der Meinung anschließen, daß die Frage über das Bedürfnis einer gesetzlichen Regulirung des Gegenstandes hinreichend erörtert worden ist, und zwar besonders aus dem Grunde, weil wir keinen Vorschlag vernommen haben, der sich gegen das Bedürfnis dieser gesetzlichen Regulirung erklärt hätte.

Graf v. Zieten: Liebe Gott über Alles und deinen Nächsten wie dich selbst, ist die erste Stütze unserer gemeinschaftlichen christlichen Religion; wie kann ich aber meinen Nebenmenschen lieben, wenn ich ihn von mir stoße und, dem Paria gleich, ihn in engere Banden und Schranken versetze und einzwinge, als die, in denen ich lebe und er selbst schon gelebt? Ich glaube daher, daß der beste Beweis, den ich meinem Nebenmenschen von der Liebe geben kann, der ist, daß er gleiche bürgerliche Rechte mit mir genießt, und darum stimme ich für die volle Emancipation der Juden; d. h. insofern für volle Emancipation, als es die Modalitäten der einzelnen zu debattirenden Paragraphen des Gesetzes mit sich bringen. Vom praktischen Gesichtspunkte aber ausgegangen, muß ich mich entschieden gegen eine Aeußerung meines geehrten Nachbarn zur Rechten aussprechen. Ich halte die Juden nicht für eine unangenehme Körperschaft (große Heiterkeit), ich halte sie im Gegentheil für eine in unendlich vielen Momenten des Lebens sehr erwünschte, also höchst angenehme. (Gelächter.) Der Lauf meines Lebens hat mich oft mit Juden zusammengebracht (erneuertes Gelächter); ich habe sie stets als erfahrene, betriebsame, indulgente, mit einem Worte, als gute, edle Menschen angetroffen. (Unhaltendes, schallendes Gelächter.) Man wird mir einwerfen, daß der Jude sich auszeichnet durch einen Hang zum Finanzellen; gut, ich räume es vollkommen ein, und fällt mir auch nicht im Geringsten das Gegentheil zu behaupten ein, denn der größte, unerreichlichste Finanzier der Welt ist ja — ein Jude; allein man nehme hinweg die Bande, die den Juden, den niedergedrückten Stamm Moses, von den Christen zurückdrängt, und er wird aufhören, sich nur auf das Finanzwesen zu legen, und gleich uns wird er die Mühseligkeiten des Lebens tragen und gleich seinen Mitbrüdern unseres Glaubens wird er den Spaten ergreifen, um mit diesem die oft harte, undankbare Erde zu durchwühlen, um sich und seinen Angehörigen im Schweiße seines Angesichts Brod und Nahrung zu verdienen.

Marschall: Wir kommen also jetzt zur Berathung der einzelnen Paragraphen, da es kaum nöthig sein wird, eine Frage dahin zu richten, ob das Bedürfnis einer gesetzlichen Regulirung des Gegenstandes anerkannt wird, indem die Abtheilung darauf anträgt und im Laufe der Berathung von keiner Seite eine entgegenstehende Bemerkung gemacht worden ist.

Referent Graf v. Ikenplig (liest vor): Nach §. 17. des Geschäfts-Reglements für den Vereinigten Landtag ist zwar „die Fassung der vorgelegten Gesetze von der Berathung des Landtags ausgeschlossen“, und die Abtheilung ist gewiß bereit, sich dieser Anordnung zu unterwerfen. Um aber ihre Vorschläge deutlich und präcis zu fassen, hat dieselbe sich mehrfach erlaubt, jene in eventuellen Gesetzes- Worten auszusprechen, da sonst oft die nöthige Klarheit nicht zu erreichen gewesen wäre; sie hat aber selbstredend dadurch in keiner Weise die Fassung des künftigen Gesetzes antizipiren oder unbefugt in dieselbe eingreifen wollen. Zum Abschnitt 1. und dessen ersten Paragraphen, welcher das Grundprinzip des Gesetzes enthält, wurde zwar

einerseits beantragt, daß grundsätzlich außer gleichen bürgerlichen den Juden auch gleiche politische Rechte zugesichert werden möchten, und von einer anderen Seite, daß das „bürgerlich“ aus dem §. 1. weggelassen werden möchte. Die überwiegende Majorität der Abtheilung entschied sich aber dahin, den §. 1. unverändert zur Annahme zu empfehlen.

Marschall: Die Frage wäre also nur dahin zu richten, ob der Paragraph nach dem Antrage der Abtheilung angenommen wird.

Graf v. York: Ganz richtig, Durchlaucht! oder vielmehr auf die Ablehnung des Paragraphen; denn die Abtheilung will die Ertheilung der politischen Rechte nicht ausgesprochen haben.

Marschall: Die Ablehnung würde von selbst erfolgen, wenn die auf die Annahme des Paragraphen gerichtete Frage verneint wird.

Graf v. York: Es würde sich dann nur darum handeln, ob wir die politischen Rechte aussprechen oder bloß allgemein „Rechte“ sagen wollen.

Freiherr v. Massenbach: Ich bin überhaupt gegen die Emancipation der Juden; ich wollte aber, wenn von Rechten, die den Juden verliehen werden sollen, die Rede ist, mich etwas der Juden im Pöfischen annehmen; ich glaube aber, daß es passender ist, dies bis zuletzt zu lassen.

Marschall: Wir können also zur Abstimmung über den Paragraphen übergehen. Es wird eine förmliche Abstimmung stattfinden müssen müssen, weil der Antrag, den Paragraphen zu ändern, gestellt worden ist. Es würden also diejenigen, die für die Annahme des Paragraphen, wie er im Entwurfe vorliegt, stimmen wollen, dies durch Aufstehen zu erkennen geben.

(Der Paragraph wird angenommen.)

Referent Graf v. Ikenplig (liest vor): „§. 2. Bildung von Judenschaften. Die Juden sollen nach Maßgabe der Orts- und Bevölkerungsverhältnisse dergestalt in Judenschaften vereinigt werden, daß alle innerhalb eines Judenschafts-Bezirks wohnenden Juden demselben angehören.“ Zu §. 2. Die Abtheilung theilt ganz die Absicht des Gesetzes dahin, daß es gut und heilsam ist, die Juden rücksichtlich ihrer religiösen Verhältnisse in äußerlich erkennbare und zu Recht beständige Körperschaften zu vereinigen, und glaubt auch, daß, wo es äußerlich thunlich ist, die Gründung besonderer Schulen von diesen Corporationen ohne Schaden ausgehen kann. Sie ist auch damit einverstanden, daß in dem Gesetze §§. 1 und 2 und ferner die Befenner des mosaischen Glaubens am besten „Juden“ zu nennen sein werden; sie ist aber auch der Ansicht, daß die Wirksamkeit der vorgenannten Körperschaften sich nur auf religiöse und Schulzwecke zu beschränken haben werde, und ist daher, und weil der landübliche Ausdruck „Judenschaft“ oft auch auf politische Vereine und Rechte oder Pflichten, z. B. Schulden der Judengemeinschaften, bezogen wird, der Meinung, daß die Benennung „Judenschaft“ für die zu bildenden Vereine zu vermeiden und statt dessen der Ausdruck „Synagogen-Verein“ zu wählen sein möchte.

Die Abth. hält dafür, daß es der ferneren stitlichen Entwicklung der Juden nicht förderlich sein kann, sie in bürgerlichen Verhältnissen gesetzlich abzufordern und alle in eine Kasse zusammenzudrängen, sondern glaubt, daß die Vermischung der Juden mit den Christen am besten dazu führen werde, jene von der in Europa allgemein verbreiteten Bildung und Gesittung zu durchdringen. Das System der Absonderung und mehr oder weniger Bedrückung der Juden ist seit der Zerstreuung derselben über die Erde nun ungefähr 1700 Jahre befolgt worden, hat aber nicht dahin geführt, die Juden in Sitte und Gesinnung den Christen gleich zu machen. Die Abth. hat daher mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen, das Wort „Judenschaften“ als Bezeichnung der Corporation abzulehnen und mit 7 gegen eine Stimme beliebt, vorzuschlagen, daß im §. 2 statt dessen das Wort: „Synagogen-Verein“, und weiter im Text des Gesetzes, wie es paßt, ebenfalls die Worte: „Verein“ oder „Synagogen-Verein“ gebraucht werden mögen. Daß alle Juden verpflichtet sind, sich zu einem Synagogen-Verein zu halten und die Bezirke angemessen von der Behörde abgegränzt werden müssen, wird von der Abtheil. einstimmig als nothwendig anerkannt.

Graf v. Sierstorff: Ich erlaube mir, zu fragen, ob statt Synagogen-Verein nicht Juden-Bezirk gesagt werden dürfte. Ein Verein drückt stets den freiwilligen Beitritt der Mitglieder aus, was hier nicht der Fall ist. Auch soll die Synagoge nicht den Mittelpunkt bilden, sondern das Staats-Gesetz, welches die Juden als solche in Körperschaften theilt.

Graf v. York: Derjenige Theil der Abtheilung, zu welchem ich gehört habe, hat keinen Werth darauf gelegt, das Wort „Synagogen-Verein“ zu gebrauchen. Nur das Wort „Judenschaft“ soll vermieden werden. Wenn mein verehrter Freund sagt, daß der Ausdruck „Judenschaft“ den Juden ein behaglicher Ausdruck sei, so habe ich davon nichts erfahren, und ich habe doch in der letzten Zeit viele Juden gesprochen.

v. Hochberg: Ich bin aus einer Gegend, wo zufällig viele Juden wohnen, und nach meinen Erfahrungen ist der Ausdruck „Jude“ ein solcher, worin sie etwas Beschämendes finden. Ich glaube, jeder Ausdruck ist ihnen lieber, als Judenschaft.

Fürst zu Lynar: Ich erlaube mir, einen anderen Ausdruck vorzuschlagen; nämlich den: „jüdischen Kultus-Verein.“

Eine Stimme: Ich bin der Meinung, daß es kein politischer, sondern nur ein religiöser Verein ist, daß der Ausdruck „jüdische Gemeinde“ der passendste sei. Sie haben sich in meiner Gegend immer jüdische Gemeinde genannt. So gut als die Christen sich christliche Gemeinden nennen, eben so gut können sie auch für sich den Ausdruck „jüdische Gemeinde“ gebrauchen.

Referent Graf v. Ikenplig: Den Ausdruck „Jüdische Gemeinde“ finde ich weniger geeignet als „Judenschaft“, denn er spricht noch viel deutlicher aus, was die Abtheilung hat vermeiden wollen. Das Wort Gemeinde wird sehr oft in politischem Sinne gebraucht. Wenn man sagt „Gemeinde“, so versteht man darunter in der Regel den politischen Verband derselben. Ich glaube, daß der Ausdruck „Synagogen-Verein“ der Intention der Juden auch entspricht. Mehrere Juden haben mir gesagt, sie hätten gegen das Wort „Jude“ als Benennung der Befenner des mosaischen Glaubens nicht zu erinnern; allein das Wort Judenschaft in diesem Paragraphen gebe zu Zweideutigkeiten Anlaß. Denn in Berlin z. B. hätte diese nicht allein religiöse Angelegenheiten, sondern auch vielerlei Anderes zu besorgen. Der Hauptzweck der Benennung „Synagogen-Verein“ war der, recht deutlich hervortreten zu lassen, daß die Wirksamkeit des Synagogens-Vereins sich nur auf religiöse und Schulzwecke zu beschränken habe. (Schluß folgt.)